

Horst Müller

**Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und
Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens**

Sonderdruck aus:

Horst Müller (Hg.)
**Von der Systemkritik
zur gesellschaftlichen Transformation**
Bod-Verlag, Norderstedt 2010
ISBN 978-3-8391-8822-4

Horst Müller

Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens

„Was an dem Wandel der Lehrmeinungen abgelesen werden kann, ist die Lähmung, welche eine Theorie, die zum Dogma versteinert ist, auf das menschliche Bewußtsein und Vorstellungsvermögen übertragen kann, und mit der es Wahrnehmung und Denken gegen über Erfahrungen blind machen, ja selbst die Fähigkeit, die richtigen Fragen zu stellen, hemmen kann.“

Maurice Dobb: Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1977, S. 234

Überblick über den Gedankengang

Die nachstehende Untersuchung geht davon aus, dass eine historische Übergangsperiode eröffnet ist (1) und verweist von da auf notwendige Umorientierungen der Wissenschaft der politischen Ökonomie. Im ersten Hauptteil wird die Entwicklung vom Industriekapitalismus (2) zur sozialkapitalistischen Formierung des 20. Jahrhunderts (3) mit neuen Argumenten interpretiert und bis zum Eintritt in das widersprüchliche, finalisierende Stadium dieser Gesellschaftsformation (4) verfolgt. Dabei soll deutlich werden, inwiefern eine Systemalternative bereits latent vorhanden ist und sich an Frontlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bemerkbar macht. Nach Zwischenüberlegungen (5) zum wert-, reproduktions- und praxistheoretischen Charakter einer Transformationsanalyse werden das ökonomische Kalkül, wesentliche Konstitutionselemente und die Wirtschaftsverfassung einer Sozialwirtschaft als Systemalternative (6) herausgearbeitet. Im Resümee (7) ergeben sich Ansatzpunkte einer bewussten Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation. Der Ausblick (8) gilt offenen Fragen und Forschungsaufgaben.

1. Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts

1.1 Die Systemkrise und der Eintritt in die Übergangsperiode

In der politischen Philosophie geht es um ein *Begreifen der Praxis* in der konkreten gesellschaftsgeschichtlichen Situation, das heißt um ein ebenso analytisches wie prospektives, kritisches wie konstruktives Weg- und Wirklichkeitswissen. Wo also stehen wir heute, oder besser, wohin sind wir im

Begriff zu gehen?¹ Wir hören von einer Klima- und Energiekrise, von einer Ressourcenkrise und von Rohstoffkonflikten, von einer Finanz- und Wirtschaftskrise, von einer Wachstums-, Beschäftigungskrise und einer Krise der Staatsfinanzen, von Ernährungskrisen und von Überbevölkerung, von Unterentwicklung und sogenannten gescheiterten Staaten. Auf die in aller Welt gärenden Problemlagen wird überwiegend mit sozialtechnologischen Mitteln und in kurativer Absicht reagiert. Kaum angesprochen und noch zum allerwenigsten erkannt ist, dass es sich insgesamt um eine *formationelle Systemkrise* handelt. Der *historische, finalisierende* Charakter dieser Krise, die eine *Praxis und Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation* herausfordert, bleibt im aktuellen wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs weitgehend ausgeblendet. Hier kurz vier Stimmen zur Lageeinschätzung:

Nach der Analyse von *Walden Bello*², liegt hinter der Finanzkrise noch eine andere Problematik. „Was wir beobachten können ist die Intensivierung einer der zentralen Krisen oder Widersprüche des globalen Kapitalismus: Die Krise der Überproduktion, auch bekannt als Überakkumulationskrise oder Krise der Überkapazitäten“. Und weiter: „Wir sprechen darüber, die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt in einer Gesellschaft zu leben, die durch die Wirtschaft gelenkt wird“.³

*Martin Khor*⁴ erklärt zur Krise im globalen Süden, die sich zu einer Ernährungskrise zuspitzt: „Wir könnten wegen dieser Krise über eine Milliarde mehr Menschen in den Entwicklungsländern in neue Armut abstürzen sehen. Daher müssen wir die Art und Weise, wie die globale Wirtschaft betrieben wird, überdenken“. Auch „müssen wir den Entwicklungsländern den Freiraum geben, politische Optionen zu ergreifen, die sie benötigen, um

¹ So gesehen ist klar, dass weder eine Kritische Theorie noch eine Kritik der politischen Ökonomie als solche zureichende Antworten auf die bedrängenden Zukunftsfragen geben können. Nach der hier vertretenen Auffassung bietet ein Praxisdenken ‚aus der Marxschen Wurzel‘ oder kurz gesagt das ‚Praxiskonzept‘ den weiter reichenden, positiven Ansatz einer politischen Philosophie für unsere Zeit.

² Professor für Soziologie an der University of Philippines, international bekannter Globalisierungskritiker, unter anderem Direktor von ‚Focus on the Global South‘.

³ Bello, Walden: Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street. In: SiG 69 v. 19.10.2008. <http://sandingetriebe.attac.at/6802.html> Ders.: De-Globalisierung - Widerstand gegen die neue Weltordnung. VSA, Hamburg 2005. Ferner: Politik des Hungers. Assoziation A, Berlin 2010.

⁴ Journalist und Ökonom, Direktor des Third World Network in Penang, Malaysia.

ihre Wirtschaften wieder aufzubauen, mit finanzieller und technologischer Hilfe - und gleichzeitig mit dem, was sie brauchen, um den Klimawandel parallel anzugehen.“⁵

Dennis Meadows ⁶ bekräftigt: „Die Menschen verlangen der Erde so viel ab, dass ihre Tragfähigkeit überschritten ist“. Wir sollen uns vom „Postulat des Wachstums“ verabschieden, „Es geht darum, weniger zu konsumieren“.⁷ Damit ist der ganze Lebensstil, die Wachstumsorientierung, überhaupt der Typus der modernen Zivilisation infrage gestellt.

Einen Schritt weiter geht der Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein⁸. Seine Diagnose: Die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems, ein 500 Jahre überaus erfolgreiches System, das auf „endloser Kapitalakkumulation als Leitprinzip gesellschaftlicher Organisation“ beruht, nähert sich in einer asymptotischen Bewegungskurve einem Stadium der Erschöpfung. „Deshalb sind wir in eine Zeit der Unruhe oder eine Übergangsperiode des bestehenden Weltsystems eingetreten“.⁹

Aus alldem kristallisiert sich eine Generalthese: Wir sind heute, mit der im 21. Jahrhundert akut gewordenen Krise, in eine Übergangsperiode eingetreten und stehen an einer gesellschaftsgeschichtlichen Wegscheide. Wallerstein: „The choice of a new system is the major worldwide political struggle of our times.“ Der Prospekt für die kommenden Jahrzehnte lautet: „Sooner or later, a new system will be installed“.

⁵ Khor, Martin: Eine Milliarde Menschen mehr in Armut? Die Krise im globalen Süden. In: SiG 74 v. 28.06.2009. <http://sandimgetriebe.attac.at/index.php?id=8153>

⁶ US-amerikanischer Ökonom und Systemanalytiker, Mitverfasser der Studie „Grenzen des Wachstums“, 1972 im Auftrag des Club of Rome. Im Jahr 2004 veröffentlichten die Autoren das 30-Jahre-Update der Studie. Demnach führte ein unverändertes business as usual bis 2030 zum Kollaps.

⁷ Es geht darum, weniger zu konsumieren. Dennis Meadows im SZ-Interview, am 20.10.2008.

⁸ Direktor des Fernand Braudel Center in New York von 1976 - 2005, heute Senior Research Scholar an der Yale University. Einflussreicher Weltsystemforscher, beteiligt am Weltsozialforum.

⁹ Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. ProMedia Verlag, Wien 2002, S. 8 f., 58. Vgl. Wallerstein Commentary Nr. 243, Oct. 15, 2008: „We can assert with confidence that the present system cannot survive. .. sooner or later, a new system will be installed. This will not be a capitalist system but it may be far worse .. or much better.. than such a system.“

Die entscheidende Frage nach all diesen Einschätzungen, im angenommenen historischen Ringen lautet aber meiner Ansicht nach: Haben sich, wie Marx sagt, „im Schoß“ der gesellschaftlichen Wirklichkeit inzwischen reale Ansätze und Potentiale einer alternativen Produktionsweise und Gesellschaftsform herausgebildet?¹⁰ Und worin besteht die alternative Reproduktionsordnung, Systemfunktionalität oder Wirtschaftsverfassung als Grundlage einer ersehnten höheren Zivilisation?

1.2 Überfällige begriffliche und konzeptuelle Umorientierungen

Die Bestimmung der globalen Grundsituation als „Übergangsperiode“ impliziert die Annahme, dass die Kategorie der *Übergangsgesellschaft* den entscheidenden Ansatzpunkt darstellt: Allein die Tatsache, dass der Schlüsselbegriff in dieser Fassung so gut wie keinen Platz im gegenwärtigen Diskurs über Alternativen, geschweige denn in der öffentlichen Debatte hat, verweist auf tiefgreifende Denkblockaden, Unsicherheiten und auf das Erfordernis einer „Neuordnung des theoretischen Feldes“.¹¹

Mit der Konzeption des formationellen Übergangs wird zunächst die übliche, falsch totalisierende Sprechweise von „Kapitalismus“ aufgegeben und das tief verwurzelte, lineare Geschichtsprozessschema von Krise, Revolution und Aufbau einer neuen Gesellschaft verabschiedet: Wir leben nicht schlechthin im „Kapitalismus“, sondern in einer noch kapitalistisch dominierten Übergangsgesellschaft, in deren Prozesszusammenhang bereits wirkmächtige Elemente und Formbildungen einer anders gearteten, höheren Gesellschaftlichkeit gegenwärtig sind. Aus dieser gegenwärtigen Situation kann sich im Rückblick auch ein besseres Verständnis entwickeln, dass die eher aus Verlegenheit immer noch *realsozialistisch* genannten Gesellschaften, trotz großer Abweichungen von westlichen Mustern, in ihrer konkreten historischen Situation nicht die erhoffte historische Alternative darstellen konnten.

Im Hinblick auf den kapitalwirtschaftlichen Weltsystemzusammenhang folgt aus der Leitthese, dass es sich weltweit um Gesellschaftsbildungen mit verschiedenartiger sozial- und kulturgeschichtlicher Ausprägung, in verschiedenen Entwicklungsstadien und Situationen der wirtschaftsgesell-

¹⁰ Marx im Vorwort ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie‘, MEW Bd. 13, S.9.

¹¹ Vgl. Müller, Horst: Zur Neuordnung des theoretischen Feldes der politischen Ökonomie. S. 182-206 in: Ders. (Hg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. BoD-Verlag, Norderstedt 2005.

schaftlichen Wegfindung *im Übergang* handelt.¹² Dabei ist der Ausgang des in Gang gekommenen historischen Experimentierens und Ringens, und damit die Situation selbst, aufs Ganze gesehen offenkundig nicht vorherbestimmt. Es bietet sich das Bild einer verwirrenden, instabilen und chaotischen Szene, deren wirkliches Spielgeschehen sich mit den im kritischen Denken noch vorherrschenden negatorischen Konzeptualisierungen nicht richtig fassen lässt.

Ein starkes Bollwerk negatorischer Fixierungen stellt die als pure Kapital- und Krisentheorie unschöpferisch fortgeschriebene, fetischisierte Kritik der politischen Ökonomie dar. Diese Denkrichtung transportiert zwar auch unhintergehbare Einsichten, fördert aber zugleich und im Unterschied zur sonstigen immer neu auflebenden Sozialismus-Debatte¹³, dass in den verbleibenden Hohlraum der Sozialismusidee mehr oder weniger nur abstrakte Negationen oder schemenhafte Orientierungspunkte im Verhältnis zum schlecht Bestehenden eingeschrieben werden können: Dass die Wissenschaft der politischen Ökonomie heute gefordert ist, die „Kritik“ methodisch bewusst im Sinne einer „Utopistik“ zu überschreiten, das heißt im Sinne einer „Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr“¹⁴, und die Zivilisation als solche als das Totum und Politikum zu verstehen, kommt dabei kaum in den Sinn.

In der angesprochenen Position, wie in anderen traditionellen Konzeptualisierungen oder Marxismen, liegt ein eklatanter Entwicklungsrückstand im Hinblick auf den Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst: Gesellschaftliche Wirklichkeit in einer geschichtlichen Übergangsperiode, in der das brüchige, überlebte Alte in seiner weiter treibenden Tendenz zugleich mit anrückenden Neubildungen der gesellschaftlichen Praxis einher geht und beide Formen miteinander ringen, kann nur aufgrund eines wirklichkeitswissenschaftlichen Paradigmas von „widersprüchlicher Praxis“ und mit „utopistischer“ Forschungsorientierung me-

¹² Eine in diesem Sinne vorzügliche Untersuchung bietet Anderson, Perry: Zwei Revolutionen. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion. S. 54-65 in: Lettre International Nr. 89/2010.

¹³ Eine neuere synoptische Darstellung findet sich bei Michael Brie / Christoph Spehr: Was ist Sozialismus? In: kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung, hg. von der Rosa-Luxemburg Stiftung und WISSENTTransfer, Nr. 01/2008.

¹⁴ Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5, S. 331.

thodisch, praxisanalytisch aufgeschlossen und wirklich begriffen werden.¹⁵ Mit einem abstrakten Utopisieren oder einer „Konstruktion der Zukunft“ aus dem hohlen Bauch hat das nichts zu tun, vielmehr sind damit sogar die höchsten Anforderungen an Wissenschaftlichkeit gestellt.

1.3 Viele Ideen und noch keine konkrete Alternative

Dass es ohne eine Neubesinnung in grundlegenden philosophischen-ökonomischen und insbesondere wissenschaftstheoretischen Fragen nicht weiter geht, tritt vor allem darin zutage, dass das inzwischen allenthalben, in den sozialen Bewegungen und Debatten, von der lokalen Ebene bis hinauf zu den Weltsozialforen, geforderte Gegenmodell zum Neoliberalismus bislang nicht zureichend identifiziert werden konnte. Angesichts der zerfledderten Alternativendiskussion mit mittlerweile unüberschaubaren Einzelbeiträgen mag es sinnvoll sein, sich erst einmal über den Ernst der Problemstellung zu verständigen: Solange nicht, jenseits aller Flickenteppichweberei, ein politisch-ökonomisches Gegenmodell zur Kapitalwirtschaft wenigstens annähernd auf dem Niveau der Marxschen Wert-, Reproduktions- und Praxisanalyse vorgeklärt ist, kann von einer vertrauenswürdigen Alternative und fundierter Politik der gesellschaftlichen Transformation nicht die Rede sein.

Mit dieser Idee und zugleich Messlatte stoßen wir allerdings auf einen im Grunde merkwürdigen Umstand: Bereits bei Marx, der den größten theoretischen Angriff gegen das bestehende System vorgetragen hat, finden sich zwar zahlreiche Andeutungen und Wegweisungen, aber kein auch nur halbwegs ausgearbeitetes Konzept einer alternativen Ökonomie und darin fundierten Gesellschaftlichkeit. Wurzeln die heutigen Schwierigkeiten bei der Frage nach der Systemalternative vielleicht schon in den Vorgaben von Marx selbst? Rund 150 Jahre später erweisen sich jedenfalls noch alle bisherigen Konzepte und Experimente als letzten Endes unzulänglich. Das gilt für alle Antworten von traditionellen Genossenschaftsmodellen über die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung, die gescheiterte Staatsplanwirtschaft, Ansätze einer sozialistischen Marktwirtschaft, bis hin zur Realpolitik unter dem Banner eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Der desaströse Zusammenbruch der sowjetstaatlichen, bürokratischen und planwirtschaftlichen Formierung hat in diesem Sinne das härteste Urteil vollstreckt.

¹⁵ Siehe dazu meinen Beitrag zur „Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens“ im vorliegenden Sammelband.

Im wieder vereinigten Mainstream, auf dem Feld der Gegenwart liegen nun überall Teile eines Puzzles wie mehr oder weniger ausgefeilte oder verbogene Formstücke von etwas Zukünftigem her, die sich nicht zu einem stimmigen Ganzen zusammenfügen wollen: Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen, Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, Geldreform, Non-Profit-Ökonomie, Wirtschaftsdemokratie¹⁶, Finanzmarktregulierung und Transaktionssteuern, eine ganze Alternative Weltwirtschaftsordnung¹⁷ und einiges mehr. Die viel zitierten Ansätze Solidarischer Ökonomie¹⁸ bilden zunächst auch nur Inseln im Meer eines kapitalistischen Weltsystems. Wo es aber praktisch ums Ganze geht, bleibt am Ende der Ruf nach neuen ökologischen Stimulationen, ökonomischen Regulierungen und einer Global Governance des Bestehenden oder lediglich eine nekeynesianische Alternative Wirtschaftspolitik. Auch die Verweise auf ein skandinavisches Modell¹⁹ oder auf die vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez ausgerufenen boliviarische Revolution können die allgemeine Ratlosigkeit im Grundsätzlichen nicht verbergen.

All dies ist auch ein Ausdruck dafür, dass die Hegemonie der liberalistischen Ideologie erschüttert ist. Der „Autismus“ der noch vorherrschende neoklassisch-neoliberale Wirtschaftstheorie wird durch eine angriffslustige, internationale „Heterodoxie“ in Frage gestellt. Aber es gibt bis heute, trotz vorhandener Grundorientierungen, trotz theoriegeschichtlicher Vorsondierungen und Erfahrungen aus gescheiterten Experimenten des 20. Jahrhunderts, trotz zahlreicher phantasievoller Eingaben keine wirtschaftswissenschaftlich fundierte, überzeugende und praktische Konzeption für eine nichtkapitalistische Wirtschaftsweise und eine damit verbundene zivilisato-

¹⁶ Vgl. Vilmar, Fritz: Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. Onlinetext der Memorandum-Gruppe. Nicht zu vergessen ist Sik, Ota: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg. München 1979.

¹⁷ Siehe das aufschlussreiche, kollektiv bei Attac erarbeitete AWWO- Positionspapier, dokumentiert bei <http://www.praxisphilosophie.de/awwo.htm>

¹⁸ Dazu Müller-Plantenberg, Clarita: Solidarische Ökonomie existiert schon. Arbeitspapier der Akademie auf Zeit - Solidarische Ökonomie. <http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de/index.php/bausteine.html>

¹⁹ Heintze, Cornelia: Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Deutschlands magersüchtiger Staat und die skandinavische Alternative. Heft 120 der Pankower Vorträge bei Helle Panke e.V. Berlin, im Juni 2008. Als überarbeiteter Onlinetext zugänglich.

risch höher stehende Gesellschaftlichkeit. Die Frage nach der Alternative ist wie ein gordischer Problemknoten, der sich nicht lösen lassen will.

2. Rekonstruktion und Kritik der traditionellen Kapitalanalyse

2.1 Modellierung der industriekapitalistischen Warenproduktion

Auf der Suche nach Antworten gehe ich an den Ursprung zurück und stelle die ungewöhnliche Frage: *Warum* ist Marx selbst und warum sind marxistische Politökonomien bis heute nicht zu einer echten Alternative gekommen? Die Gründe dafür sehe ich schon in der Kritik der politischen Ökonomie, im Kern der Kapitalanalyse angelegt. Die Gesellschaftsformation, in der die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, stand damals offenkundig erst in einer Frühphase ihrer Entfaltung. Marx vermutete, utopisch vorgreifend, dass die Industriegesellschaft in der sich abzeichnenden Fassung einmal zur alles beherrschenden Form werden und letztlich den Weltmarkt ausfüllen würde.

So beruhte seine Kapitaltheorie auf der Modellierung jener industriewirtschaftlichen Warenproduktion als Totalität. Die gedankliche Durchdringung der inneren Strukturen der gesellschaftlichen Arbeit führte zur Konzeptualisierung eines in sich zurückkehrenden Reproduktionsprozesses. Die Inspiration dazu lieferte ihm Quesnay's Tableau Economique, Marx zufolge „ein höchst genialer Einfall, der genialste, dessen sich die politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat“.²⁰ Es handelt sich um das puristische Modell eines Industriekapitalismus mit den Abteilungen für Produktionsmittel, für Konsumtionsmittel sowie der Reproduktionssphäre der Arbeitskraft, wie sie notwendigerweise miteinander verschlungen sind. Dieser Forschungsansatz lieferte die entscheidenden Erkenntnisse über die Wert- und Verwertungs-Ökonomie des „Kapitals“.

Diese Modellierung der Kapitalwirtschaft als *Totalität* implizierte eine eingeschränkte Orientierung der Analyse auf die Entfaltung deren *innerer* Widersprüche und der daraus entspringenden historischen Grundtendenzen der privatwirtschaftlichen, gesellschaftlich nicht kontrollierten Praxis. Der Arbeitstitel „Kritik“ der politischen Ökonomie heißt aber nun in keiner Weise, dass Marx dabei stehen bleiben wollte. Sein Werkplan sah vor, die fundamentale Kritik in nie geschriebenen weiteren Büchern auf die konkretere Ebene einer nationalökonomischen Analyse und noch darüber hinaus

²⁰ Vgl. Marx, Karl: Anmerkung zur Bedeutung des Tableau Economique in der Geschichte der politischen Ökonomie. MEW 26.1, S. 319.

auf die internationalen Verhältnisse auszudehnen, um sodann fundierter über den Zaun in die Zukunft blicken zu können. Selbst vollenden konnte er von diesem Werkplan sogar nur den ersten seiner auf 3 Bände angelegten kapitaltheoretischen Grundlegung. Unzweifelhaft hat er bereits dabei in vielen Bemerkungen immer wieder auf die intendierte Alternative angepielt.²¹ So heißt es bereits im ersten Kapitel des Kapitalwerks: „Stellen wir uns, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten.“ Das Grundthema einer „gemeinschaftlichen Produktion“, künftigen „Ökonomie der Zeit“ und höheren gesellschaftlichen „Assoziation“ scheint auch sonst allenthalben auf.²²

Wir haben also mit einem historisch situierten, auch methodologisch bewusst limitierten, utopistisch inspirierten, am Ende ziemlich fragmentarisch hinterlassenen Ansatz zu tun. Dass ein traditioneller Marxismus Aussagen der Marxschen Kritik wie bare Münze einstrich und sich marxistische politische Ökonomie weiter und weitestgehend im Denkmodus negatorischer Kritik übte und schärfte, hatte Konsequenzen: Es blieb bei allen reproduktionstheoretischen Vertiefungen, Weiterungen zur Imperialismustheorie, Aktualisierungen hinsichtlich einer staats- oder monopolkapitalistischen Entwicklung²³ bis hin zum neoliberalen, globalen und finanzgetriebenen Kapitalismus - bei der substanziellen Rückbindung an das industriewirtschaftliche Grundmodell und den damit verbandelten, wesentlich politischen und kapitalwirtschaftlich dienstbaren Klassenstaat. So überließ man die Idee einer konkret zu machenden Utopie der Philosophie, ohne die eigene Entwicklungshemmung als solche zu begreifen und sich neu inspirieren zu lassen.²⁴

²¹ Siehe die Marx-Studie von Krätke, Michael R.: Jenseits des Kapitalismus oder wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinausweist. In: Marcus Hawel und Gregor Kritidis (Hg.), Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt. Offizin Verlag, Hannover 2006. Als Onlinetext bei praxisphilosophie.de

²² Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 92 f., 104 f.

²³ Als Standardwerk zu Grundlagen der Marxschen politischen Ökonomie, theoretischen Weiterentwicklungen sowie wirtschaftsgeschichtlichen Transformationen bis hin zur Schlussfrage nach dem „Übergang“ verdiente m.E. wieder genannt zu werden Sweezy, Paul M. (1942): Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1974.

²⁴ Vgl. Müller, Horst: Ernst Bloch und die Frage nach einer konkreten Utopie der politischen Ökonomie. In: Bloch-Akademie. Forum einer virtuellen Bloch-Akademie

2.2 Errungenschaften und Auslassungen der Kritik der politischen Ökonomie

Die wirtschaftswissenschaftlich einzig angemessene historisch-formationelle Analytik führte zu den bleibenden großen Errungenschaften der Marxschen Theorie. Dazu gehört vor allem die Enthüllung der Quelle des Mehrwerts in der Mehrarbeit der Lohnbeschäftigten, die Erkenntnis der für die Marxsche Wirtschaftslehre essentiellen wertfunktionalen Rolle des konstanten Kapitals und damit die Widerlegung der grundlegenden Produktionsfunktion und nach wie vor haltlosen Faktorpuzelei der bürgerlichen Wirtschafts-ideologie. Die Spitze der Kritik bildet die Enttarnung des immanenten Verwertungszwangs oder des Krebskalküls der Kapitalwirtschaft. Dieses macht „die freie, ungehemmte, progressive und universelle Entwicklung der Produktivkräfte“ zwar zur Haupttendenz, welche eben dadurch aber der eigenen, im Grunde noch „bornierten Produktionsform“ widerspricht und „zu seiner Auflösung treibt“.²⁵

Diesen Erkenntnissen gegenüber setzt die übliche Kritik an einer „Gier nach Reichtum“ nur an der Oberfläche an. Es geht primär nicht um ein „Wachstumscredo“, sondern um eine historische Gestalt der ökonomischen Praxis, ein speziell konfiguriertes Wirtschaftssystem, dessen ökonomisches Kalkül das Ganze wie von einer unsichtbaren Hand auf schrankenlose, nicht abschaltbare Rationalisierung, Kapitalakkumulation und Expansion in die Wirtschaftsräume in aller Welt programmiert, die Gesellschaft in einen permanenten Innovationsrausch stürzt und dabei die natürliche Sphäre der menschlichen Existenz gewissenlos vernutzt. Es ist ein Wirtschaftssystem, das sich nur wert-, reproduktions- und praxistheoretisch, nicht aber etwa ökonomisch oder systemfunktionalistisch verstehen lässt. Das von Marx bereits antizipierte Resultat des Ganzen ist der kapitalwirtschaftliche Weltmarktverkehr, die mit entfesselter Erfindungskraft und diabolischer Gewaltsamkeit durchgesetzte globale Hegemonie der Produktionsweise.

Bei alledem war die von Marx hinterlassene speziell ökonomische Partie aber im Wesentlichen nur eine Theorie des Kapitals oder der kapitalistischen Gesamtproduktion in ihrer Grundgestalt, im Kern eine Theorie des industriewirtschaftlich geprägten „Kapitals im Allgemeinen“ oder wie es später hieß, der kapitalistischen Produktionsweise „in ihrem idealen Durch-

des Thalheimer-Verlags seit 1999. Als Onlinetext bei praxisphilosophie.de und <http://www.bloch-akademie.de/page4.htm>

²⁵ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 445-447.

schnitt“²⁶. Darin steckten für die Nachfolger und im Hinblick auf die wirtschaftsgeschichtliche Weiterentwicklung erhebliche Probleme:

Marx hat nach einiger Überlegung die sogenannte unproduktive, soll heißen nicht Mehrwert produzierende Arbeit, insbesondere die Kategorie persönlicher Dienstleistungen, aus seiner Modellierung ausgeschlossen. Eine Annahme besagt, dass auch eine staatlich vermittelte Infrastrukturproduktion nichts grundsätzlich Neues bedeutet.²⁷ Es handelt sich dabei um theoretische Operationen, die zwar der Wirtschaftswirklichkeit des 19. Jahrhunderts noch entsprochen haben und den Realismus der grundlegenden Wert- und Kapitalanalyse, für welchen den als „breimäulige Faselhänse“ gescholtenen bürgerlichen Nationalökonomien der Verstand fehlte, auf der fokussierten analytischen Ebene nicht beeinträchtigen. Aber dies förderte eine gewisse Betriebsblindheit für jene *nach* Marx unabsehbar anwachsenden neuen Fraktionen der gesellschaftlichen Arbeit, die ich mit dem Sammelbegriff *sozialwirtschaftlichen Dienste* anspreche. Die Marxschen Dispositionen lenkten den Blick auch ab von den im fortgehenden 20. Jahrhundert immer mehr zunehmenden sozialökonomischen und infrastrukturellen Aufgabengebieten des Staates. Der Staatshaushalt, etwa auch staatliche Verwaltungsaufgaben als eine besondere Form sozialwirtschaftlicher Dienste, spielen im Marxschen Modell so gut wie keine Rolle. Der Staat galt ihm zunächst und vor allem als ein politischer Staat, ein Instrument der Klassenherrschaft und Sicherheitsdienst für das Terrain, auf dem die Kapitalwirte ihr eigenes, stets expansives Geschäft betreiben und dadurch getrieben werden.

Das fehlende Zukunftswissen hinsichtlich kommender sozialkapitalistischer Entwicklungen verweist auch wieder darauf, dass die Kapitaltheorie die im Arbeitsplan vorgesehenen Konkretionsebenen einer nationalökonomischen Formierung und des internationalen Verkehrs nicht erreichte: Planentwürfe sahen 6 Bücher vor, die in Marx' Lebensspanne ohnehin niemals zu bewältigen waren. Nach dem „Kapital“ inklusive Kapital in der

²⁶ Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 839.

²⁷ Siehe Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 440, auch 437. An dem Punkt, an dem Marx auf das Problem stößt, heißt es: „Nur hat sich uns nebenbei die Aussicht eröffnet, die an diesem Punkt noch nicht scharf gezeichnet werden kann, von einem spezifischen Verhältnis des Kapitals zu den gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion ..“. Das Konzept der sozialwirtschaftlichen Transformation setzt hier an und versucht die ausstehende Scharfzeichnung entsprechend den heutigen Verhältnissen.

Form von Kredit, dem „Grundeigentum“ und der „Lohnarbeit“, hinter denen die gesellschaftlichen Hauptklassen stehen, sollten der Staat, die Steuern und sogar die Staatsschuld, die Bevölkerung, internationale Verhältnisse wie auswärtiger Handel, Wechselkurse, internationales Geldwesen, auch Kolonien, schließlich der Weltmarkt und die unvermeidlichen Krisen behandelt werden, die „das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“ signalisieren, zu einer „Auflösung der auf den Tauschwert gegründeten Produktionsweise und Gesellschaftsform“²⁸: Der Zukunftsdenker Marx behielt stets die krisenhaft verlaufende innere Selbstveränderung der ökonomischen Praxis bis zur Aussicht auf eine finale Sprengung der Form im Blick.

Richtig verstanden ist der Marxsche praxisanalytische, politisch-ökonomische Grundansatz der ahistorischen Borniertheit, dem bodenlosen Konstruktivismus, der haltlosen Modellspielerei und dem der Kapitalwirtschaft angedienten oberflächlichen, korrupten Praktizismus der modernen Wirtschaftswissenschaft grundsätzlich überlegen. Dass man die Sozial- und Nationalökonomie bereits des fortgehenden 20. Jahrhunderts mit den Grundkategorien der Marxschen Kapitalanalyse nicht mehr voll erfassen kann, ist eine andere Frage: Die Kraft der bleibenden Wahrheiten zeigt sich nicht nur in der offenkundig ins Schwarze der neoliberalen Globalisierung und sogar noch der Finanzkrise treffenden historischen Tendenzkunde, sondern auch in der Ein- und Voraussicht hinsichtlich anderer heute zunehmend bedrängender Probleme, nicht zuletzt was die ‚Ökologie‘ betrifft:

2.3 Ökologieprobleme und die Allianzperspektive

Mit Blick auf die Grundfunktionalität der Wert- und Verwertungsökonomie konnte Marx bereits die Ökologieprobleme als systemisch verursachte und unlösbare, als nach allen möglichen provisorischen Scheinlösungen zwangsläufig wieder akut werdende Grundprobleme erkennen. Er fasste die Angelegenheit in lapidaren Gedanken zusammen: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles wahren Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ und schließlich überhaupt die „Zukunft verwüstet“.²⁹ Das ist die Erkenntnis der

²⁸ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 154, 188.

²⁹ Vgl. Marx, Karl: MEW 23, S. 530; MEW 25, 821; besonders MEW 26.3, S. 303. Dazu in der Serie ‚Marx neu entdecken‘ Altvater, Elmar: Ein System, das die Springquellen alles Reichtums untergräbt. Online bei MARX21 unter

Deprivation, welche die gesellschaftlichen Individuen als Wesen der *Praxis* unter kapitalistischen Verhältnissen erleiden und zugleich die Voraussetzung der uns heute bedrängenden progressiven Ausplünderung aller natürlichen Ressourcen und Kräfte, der fortschreitenden Umweltzerstörung durch den hemmungslosen Produktivismus, enthemmten Konsumismus und die Exkremente der gesellschaftlich nicht unter Kontrolle zu bringenden Kapitalwirtschaft, die die Welt- in Plastikmeere verwandelt.

Anders als in grün verblendeter Appeasementpolitik wird hier die menschgeschichtliche Grundsituation und die definitive Wurzel des Verhängnisses, die daraus entspringende exterministische Tendenz mit bedacht. In der Ökologiefrage zeigt sich zudem wieder das Unzureichende der Marxinterpretation, die hier nur einen scharfsinnigen Vordenker der modernen Ökologiekritik und der Nachhaltigkeitsidee sehen kann, die utopistische Perspektive eines wirklich neuartigen Mensch-Natur-Verhältnisses insgesamt aber nicht fasst: Im Praxiskonzept wird die praxisphilosophische Marxsche Idee einer Naturalisierung des Menschen und zugleich Humanisierung der Natur³⁰ wieder aufgegriffen und darin eine buchstäblich alles durchdringende Kernfrage der Gestaltung menschlichen Lebens und der angestrebten höheren Zivilisation erkannt.

Die Lösung der Kalkülfrage, das heißt die Aushebelung des Verwertungszwangs, welche die sozialwirtschaftliche Umstimmung der Wert- und Wirtschaftsrechnung bezweckt, wäre die wesentliche Voraussetzung nicht nur für die Behandlung der heutigen Fragen einer gesamtgesellschaftlichen „Ökonomie der Zeit“³¹ einschließlich der „disposable time“, sondern auch für die Lösung des kapitalwirtschaftlichen ökologischen Desasters, das heißt für die Realisierung eines von Ernst Bloch so genannten Allianz-Verhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft³², welches weit über die Konzepte einer „Nachhaltigkeit“ hinausgeht. Diese Fragen müssten an anderer Stelle, eben nach der Gewinnung einer klareren Sicht auf eine Wirt-

<http://marx21.de/content/view/617/1> Zur Vertiefung siehe Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Marx. Alber Verlag, Freiburg / München 1984.

³⁰ Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. MEW Ebd. 1, Schriften bis 1844, bes. S. 515 f., 536, 538, 579.

³¹ Das Grundlegende findet sich bei Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 607 f., 105.

³² Eine entscheidende Passage ist Bloch, Ernst: Experimentum Mundi. Werke Bd. 15, S. 251.

schaftsweise ohne Verwertungs- und Wachstumszwang, aufgegriffen und könnten insofern dann auch gründlicher behandelt werden.

2.4 Statt der Systemalternative abstrakte Negationen

Zurück zur Frage: Warum konnte Marx und dann der Marxismus zu der zweifellos immer virulenten und erhofften Alternative nicht kommen? Das Bild einer erst noch *werdenden Totalität*, bietet den Ansatz für eine Analytik der Entfaltung deren widersprüchlicher Praxis, umschreibt aber definitiv nicht das Szenario des *vollen* Übergangs von einer Praxisform in eine andere. Der Ansatz einer insofern *halbierten Dialektik der Praxis* entspricht einer historischen Situation, in welcher ein system-transzendierendes Produktivkraftensemble realiter nicht existierte, ein Übergang nicht fundiert und bei weitem nicht eingeleitet war. Insofern hatte die Konzentration auf den Arbeitsschritt der „Kritik“ damals auch ihre volle Berechtigung. Aber dieser totalisierende Ansatz hatte eben auch zur Konsequenz, dass die erwünschte Identifizierung der Alternative *auf dieser Grundlage* im Wesentlichen nur im Sinne einer abstrakten Negation, das heißt in praxisanalytisch nicht fundierten Umkehrschlüssen möglich ist: Wer etwa meint, man könne eine alternative Ökonomie im Grunde so konstruieren, dass man einfach das Privateigentum an Produktionsmitteln durch ein Genossenschafts- oder Staatseigentum und den „Markt“ durch den „Plan“ beziehungsweise eine Staatsplankommission ersetzt, fällt in den Abgrund der Haltlosigkeit, den er damit selbst geöffnet hat.

Natürlich erhebt sich die Frage, warum innertheoretische Limits in den Marxschen Vorgaben nicht klarer angesprochen wurden und eine schöpferische Weiterbildung im eigentlichen Sinne nicht erfolgte. Vielleicht am tiefsten zu ihrer Zeit hat Rosa Luxemburg die Bedeutung wie auch Probleme der Marxschen Reproduktionskonzeption erkannt und im historischen „Streit um die Marxschen Reproduktionsschemata“³³ den entscheidenden Punkt benannt: „Die Sache bekommt aber gleich Gestalt und strengen Umriss, wenn wir die kapitalistische Produktion als Ganzes, vom Standpunkt des Gesamtkapitals ... betrachten. Dies ist eben der Standpunkt, den Marx im zweiten Band seines Kapitals zum erstenmal systematisch entwickelt,

³³ Rosdolsky, Roman: Der Streit um die Marxschen Reproduktionsschemata, S. 524-596 in: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital, Band II. Frankfurt am Main 1969.

den er aber seiner ganzen Theorie zugrunde gelegt hat.“³⁴ Während Rosa Luxemburg bestrebt war, möglichst authentisch und ungebrochen sozialrevolutionär weiterzudenken, verliefen sich die Überlegungen auf dem Flügel der Sozialdemokratie seinerzeit in eine Theorie des „Organisierten Kapitalismus“³⁵. Man dachte an ein Hineinwachsen in ein Stadium bewusster gesamtgesellschaftlicher Regelung, das sich als Durchgang zu einem demokratischen Sozialismus erweisen würde: Die weitere Entwicklung hat erwiesen, dass weder in einer Selbstüberschreitung der kapitalistischen Formierung, noch in der immer wieder beschworenen proletarischen Gegenwärtigkeit das geschichtswendende Moment liegt.

Die Schwierigkeit der Nachkommenden, den eigentlichen Marxschen Forschungsansatz zu erfassen und in Auseinandersetzung mit dem realen sozialgeschichtlichen Progress schöpferisch weiterzubilden, gründet nicht zuletzt in der verklausulierenden Darstellungsweise des Kapitalwerks: In deren akribischer Rekonstruktion haben sich Politökonomien bis heute immer wieder versucht, wenn nicht sogar verbohrt. Marx entschied sich in der äußerst schwierigen Frage für eine „artistische“, nahezu hermetische Darstellungsweise „im Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten“, beginnend mit einer angestregten Analytik der Ware und der Wertprobleme, des „Kapitals“ und dann immer weiter bis hinauf zu generellen Tendenzen und Oberflächenerscheinungen der Produktionsweise. Diese Arbeitslinie lenkt von seiner ursprünglichen Forschungsstrategie, von dem reproduktions- und praxisanalytischen Ansatz ab. Außerdem stellte die infolge der ange deuteten, dialektisch inspirierten Gestalt der Begriffsbildung schwer zu rezipierende Materie nicht nur seinen theoretischen Gegnern Fallen. Sie führte künftige Studierende und Forschende der politischen Ökonomie in das Labyrinth einer komplexen Konstruktion, die inklusive hinterlassener gewaltiger Manuskripte nicht nur auf den ersten Blick fast undurchdringlich und unüberbietbar erscheint.

³⁴ Rosa Luxemburg: Antikritik, S. 420, 466. Dazu Müller, Horst: Vom Streit über die Marxschen Reproduktionsschemata zu einer Theorie der ökonomischen Transformation. Ein Beitrag zur Rosa-Luxemburg-Tagung der Ernst-Bloch-Assoziation, S. 142-158 in: Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation 2002, VorSchein Nr. 22/23, Nürnberg 2003. http://www.praxisphilosophie.de/luxemburg_artikel.pdf

³⁵ Das Finanzkapital war auch die Basis von Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“. Der Ansatz bot eine theoretische Grundlage für die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen.

2.5 Zum Scheitern der staatsplanwirtschaftlichen Experimente

An einem Knotenpunkt der geschichtlichen Entwicklung, nach der Machteroberung durch die Bolschewiki, eröffnete sich scheinbar die Möglichkeit, die Sache des Sozialismus positiv in die Hand zu nehmen. Aber die zur Unterstützung der jungen Sowjetrepublik erhoffte Revolution im Westen blieb aus und das eigene Land lag völlig darnieder. In der extremen Notsituation war Lenin³⁶ noch so realistisch, das neue Staats- und Gesellschaftsgebilde auf einem schwierigen Weg zu sehen, auf dem es galt, erst einmal gewaltige Entwicklungsarbeit zu leisten. Es heißt lapidar: „Uns mangelt es (ebenfalls) an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die politischen Voraussetzungen dafür haben.“³⁷ Die unter den Regimes nach Lenin und dann unter sowjetischer Oberhoheit im Osten instituierten bürokratisch-planwirtschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen waren keine Verwirklichung einer Idee, sondern in erster Linie Versuche, das eigene Staats- und Gesellschaftswesen durch Bildung einer vom westlichen Muster abweichenden, in bestimmter Hinsicht konträren Formierung zu behaupten: Staatseigentum statt Privateigentum, Planung statt Markt, Kollektivität und Kommandantur statt bürgerlicher Individualismus und Privatismus. Verschiedene Wirtschaftsreformbestrebungen im sowjetstaatlichen Einflussbereich konnten diese Einklammerungen der Ökonomie letztlich nicht sprengen oder wiesen keinen wirklichen Ausweg.³⁸

Im Rückblick aus der heutigen Übergangssituation stellt sich diese Entwicklung deutlicher als Versuch dar, *formations- und weltgeschichtlich vor der Zeit*, ohne dass eine eigentliche Systemalternative bekannt gewesen, erkannt worden oder bereits latent angelegt gewesen wäre, einen nichtkapitalistischen Weg einzuschlagen. Dessen Charakteristika sind die einer abstrakten Negation im Verhältnis zum westlichen Muster und stellen insofern auch relativ starke Abweichungen dar, ohne aber als Ansatz einer höheren Zivilisation gelten zu können. Am Ende war der Versuch zur Aufrechterhaltung

³⁶ Vgl. Zizek, Slavoj: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin. Einleitung, S. 7-16, bes. S. 14 ff. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2002. Dazu auch Lenins ‚Testament‘ http://www.praxisphilosophie.de/lenin_testament.pdf

³⁷ Vgl. Lenin, W.I.: Lieber weniger, aber besser. In: Lenin Werke, Bd. 33, S. 471-490, auch: Ausgewählte Werke Bd. III, S. 876-890.

³⁸ Dazu im Einzelnen Boyer, Christoph (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen: Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich. Klostermann Verlag, Frankfurt am Main 2007.

eines politisch-administrativen Dirigats über die Gesellschaft und über eine industriewirtschaftlich geprägte Reproduktionsordnung, deren eigengesetzliche, widerständige Formbildungen und Wertfunktionalitäten Marx analysiert hatte, zum Scheitern verurteilt.

Insofern waren Markt- und Planwirtschaft, die Grundbegriffe großer vormaliger Debatten zur Systemfrage, unzureichend durchdachte Scheingegensätze und Scheinalternativen des 20. Jahrhunderts. In marktsozialistischen und reformkommunistischen Ansätzen artikulierten sich Versuche, die offenkundig im Wettlauf mit dem Westen unterlegen Kommandowirtschaft umzumodeln und eine Synthese von Plan und Markt vielleicht auf einen Dritten Weg zu bringen: Was hätte sich daraus entwickeln können, wenn den Ideen und Experimenten in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen ein längerer Atem beschieden gewesen wäre? Im Westen gehen marktsozialistische Ideen auch heute noch um, können aber auf diesem synthetischen und nicht transformatorischen Weg keine überzeugende Alternative vorstellen. Was also vormals als Sozialismus reklamiert und in einigen Oststaaten praktiziert wurde, vielleicht am gründlichsten und ökonomisch am interessantesten in der DDR³⁹, führte auf einen Seitenzweig der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung, auf ein Experimentier- und Erfahrungsfeld mit weltgeschichtsmächtiger Ausstrahlung und Auswirkung, am Ende jedoch in ein Desaster von säkularem Ausmaß. Der Weg führte schließlich im Zuge der Wende von 1989 zurück in den global ausgedehnten Geltungsbereich und Mainstream der Kapitalwirtschaft.

2.6 Politökonomische Kritik als ohnmächtige Begleitforschung

In wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive liegt die entscheidende formationelle Neuordnung auf der anderen Seite, im Westen, in der Entwicklung des *Wohlfahrts- oder Sozialstaats*, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs, im Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Expansion der 50er- und 60er-Jahre seine Hochphase hatte. Die kapitalistische Produktionsweise hatte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnen, dem Typus eines Industriekapitalismus zu entwachsen. Diese Entwicklung beschleunigte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Auf der Basis fordistischer Massenproduktion, im Zuge neuer Sozialgesetzgebung, durch wachsende staatliche Fonds,

³⁹ Vgl. Steinitz, Klaus: Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert – Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus. S. 156-182 in: Horst Müller (Hg.), *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. BoD-Verlag, Norderstedt 2007. Auch als Onlinetext bei praxisphilosophie.de

Zuständigkeiten und Interventionen, mit weitergehender weltkapitalistischer Expansion und wachsendem Weltverkehr entstand eine veränderte Figuration. Von daher war spätestens seit der Boomphase der Kapitalwirtschaft eine neue Modellierung und neu ansetzende Analytik der formationell veränderten Reproduktionsordnung des reiferen Kapitalismus überfällig gewesen.

Aber dieser Anforderung entsprach die im Westen weiter gepflegte Kritik oder Zeitdiagnostik der politischen Ökonomie gerade nicht: Die dafür typischen Theorien eines Monopol- oder Staatskapitalismus, auch die Generalformel eines Spätkapitalismus, sind in grundlegender Hinsicht, also ganz abgesehen von ihrer wirklichen Erschließungskraft, als Ansätze zu werten, weiterhin eine *Totalität* von *Kapitalismus* entsprechend den je neuen Gegebenheiten zu restrukturieren. Das Marxsche politökonomische Exposé konnte natürlich auch durch anderweitige Untersuchungen über den dialektischen Darstellungsmodus des Kapitalwerks, mit Beweisversuchen für den von Marx angenommenen Ausgleich oder auch tendenziellen Fall der Profitraten nicht überschritten werden.

Mangels der Entwicklung einer eigenen positiven Konzeption oder Transformationsperspektive blieb eine marxistisch ambivalente Haltung gegenüber den planwirtschaftlichen Experimenten und autoritären Staatsverfassungen im Osten und ein ebenso ambivalentes Verhältnis zur ideologischen Proklamation und zur Realität der *sozialen Marktwirtschaft*. Diese konnte alles in allem nur als vorübergehendes Zugeständnis in der Systemkonkurrenz, als reformistisches Machwerk mit faulem Klassenkompromiss, als große Entfremdungs- und Illusionsmaschine erscheinen, aber jedenfalls nicht als eine *reifere, bereits latenzhaltige neue Formierung der kapitalistischen Produktionsweise*: Einen definitiven Begriff dafür gibt es bis heute nicht. Der vielleicht geeignete Ausdruck *Sozialkapitalismus* enthält eine derartige Provokation gegenüber traditionellen Denkmustern, dass er innermarxistisch nicht in Betracht kam.⁴⁰ Diesen Denkmustern kam noch am ehesten der dem linearen Geschichtsprozessschema entsprechende Begriff von *Spätkapi-*

⁴⁰ Das distanziert-ambivalente Verhältnis der Linken zum Sozialkapitalismus führt einfach auf den Punkt zurück, dass er das ‚Proletariat‘ vexierte und sich historisch vor die erhoffte Krise und Revolution stellte. Demgegenüber hat sich die Sozialdemokratie wesentlich auch aus dem schönen Schein der Formierung genährt und leidet jetzt, nachdem der Busen schlaff wurde, deutlich sichtbar an Kalorienmangel.

talismus oder, mit Blick auf die imperialistische Expansion, *Weltkapitalismus* entgegen.⁴¹

Auf diese Weise verurteilte sich marxistische politische Ökonomie selbst dazu, mit immer neuen System-, Problem- und Krisenanalysen inmitten der jeweiligen wirtschaftsgeschichtlichen Situation oder imperialistischen Konstellation in der Position einer ohnmächtigen kritischen Begleitforschung im Verhältnis zur transformistisch⁴² weiter treibenden kapitalwirtschaftlichen Entwicklung im fortgehenden 20. Jahrhundert zu verharren oder vielmehr mitzugehen. Immer nur besser zu wissen, dass und warum es nicht gut gehen kann und dass ein neuer Kladderadatsch ins schief gebaute Haus mit Folterkeller steht, kann aber eine politische Vorwärtsbewegung auf Dauer nicht inspirieren und mobilisieren.

Vor dem skizzierten theoriegeschichtlichen Hintergrund wird klar, dass heute, in der Übergangssituation des 21. Jahrhunderts, in der es immer noch an einer tragfähigen positiven Konzeption und auch sonst an sichtbaren großräumigen Alternativen mangelt, praktisch und politisch nur der Rekurs auf linkssozialdemokratisch-keynesianische Rezepturen und, abgesehen von einem Green New Deal mit der Kapitalwirtschaft, aus der gar ein ökologisch umgepoltes „Wachstum ohne Reue“⁴³ entspringen soll, die Orientierung auf eine volksfreundlichere Moderation oder Regulation der Kapitalwirtschaft bleibt. Ich möchte die scharfe These eines fundamentalen Entwicklungsrückstandes des negatorischen politökonomischen Konzepts noch durch den Zusatz aufladen, dass in der Tat die Theorie eines John Maynard

⁴¹ Als immer noch bedeutendes Grundlagenwerk muss an dieser Stelle zumindest Paul M. Sweezy's „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“ genannt werden. Im Ausblick geht Sweezy in bemerkenswerter Weise auch auf Keynes' „General Theory“ oder die „Aussichten der liberalen kapitalistischen Reform“ ein. Im Anhang zur deutschen Ausgabe von 1958 referiert zudem Shigeto Tsuru über die Marx'schen Reproduktionsschemata und ihre Vergleichbarkeit mit Keynes' Aggregaten.

⁴² Vgl. Altvater, Elmar: Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation, Hauptartikel S. 281-292 in: *Erwägen Wissen Ethik*, EWE 13 (2002), Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen. Dazu eine vormalige Kritik: Müller, Horst: Politische Ökonomie heute: Krisen- oder Transformationstheorie? http://www.praxisphilosophie.de/mue_altvater_kapkrit.pdf

⁴³ So versprechen es sich jedenfalls Andrea Ypsilanti und der jüngst verstorbene Hermann Scheer im „Denkanstoß“ des Instituts Solidarische Moderne „Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens“.

Keynes⁴⁴ theoriegeschichtlich gewissermaßen die Stelle besetzt hatte, oder in der Nähe des Platzes situiert war, an der eigentlich eine in dem hier skizzierten Sinne weiter entwickelte Wissenschaft der politischen Ökonomie hätte stehen können und sollen. Die unabgeschlossene Diskussion zwischen Marxismus und Keynesianismus bleibt daher weiter brennend aktuell.⁴⁵

3. Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus

3.1 Die Entfaltung der sozialwirtschaftlichen Dienste

Die vorstehende Untersuchung verstärkt die Frage, worin denn die angedeuteten formationellen Veränderungen und Widersprüche der polit- und sozialökonomischen Praxis im fortgehenden 20. Jahrhundert bestehen, an die heute in der Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation angeknüpft werden könnte. Ich versuche in einem ersten Schritt zunächst einige Hauptaspekte aufzuzeigen, welche die Formierung eines Sozialkapitalismus⁴⁶ als eine reife, wie sich später zeigen wird auch bereits *und durchaus nicht nur* positiv latenzhaltige Formierung verständlicher machen soll:

Aus dem, was zu Marx' Zeiten noch unproduktive, nicht mehrwertbildende Dienste waren und aus der durch den Staat vermittelten Infrastrukturproduktion, in der er kein wesentliches neues Element⁴⁷ sah, ist im Fortgang der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung eine neue Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit geworden: An Stelle des Hausdoktors, der einen persönlichen Dienst verrichtet, ist ein institutionell hoch organisiertes

⁴⁴ Vgl. Rudolf Hickel: Die keynesische Botschaft: Wiederbelebung Gesamtwirtschaftlicher Analyse und Politik. S. 34-55 in: Herbert Schui / Holger Paetow (Hg.): *Keynes heute*. VSA-Verlag, Hamburg 2003.

⁴⁵ Siehe Stützle, Ingo: To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage?, besonders den Schlussabschnitt „Reform oder Transformation“. In: *Zeitschrift Prokla* 157/2009.

⁴⁶ Ich greife diesen sowohl rechts wie links unüblichen Begriff auf, weil er, anders als traditionelle eindimensionale Nennungen wie etwa Staats-, Monopol-, Spät-, Finanzkapitalismus usw. den von Anfang an bereits darin angelegten, sich in unserer Zeit bis zum ‚Kampf der Gegensätze‘ zuspitzenden Widerspruch zwischen ‚Kapitalwirtschaft‘ und ‚Sozialwirtschaft‘ mit andeutet. In diesem Sinne enthält der Begriff ‚Kapitalismus‘ eine falsche Totalisierung, wogegen ‚Sozialismus‘ hier weiter als realgeschichtlich gärende Richtungsanzeige verstanden wird, aber weder als ‚Realsozialismus‘ noch im Sinne einer traditionellen Endzeiterwartung, dass nächstens der Phönix aus der Asche jenes ‚Kapitalismus‘ steigt.

⁴⁷ Siehe Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 440, auch 437.

Gesundheitswesen getreten. Wir haben auch nicht mehr nur mit einem aus Abgaben finanzierten öffentlichen Wegebau zu tun, von dem man ohne Weiteres annehmen könnte, dass dergleichen in Zukunft sowieso von Aktiengesellschaften übernommen würde, sondern mit sozialstaatlich vermittelten und verwalteten oder betriebenen Produktionen auf Gebieten wie der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und des Wohnungs- und Städtebaus, vom Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen ganz zu schweigen.

Die beispielhaft angezeigten, systemrelevanten Gestaltveränderungen setzten bereits im ausgehenden 19. und dann verstärkt im fortgehenden 20. Jahrhundert ein.

Die quantitative Ausdehnung und institutionelle Entfaltung der gemeinten sozialwirtschaftlichen Dienste⁴⁸ sowie der ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit sind das Nebenprodukt der im 20. Jahrhundert rapide fortschreitenden sozial-ökonomischen und urban-zivilisatorischen

⁴⁸ Im ersten Zugriff, also noch im Vorfeld der notwendigen Analyse der ökonomischen Formbildung, könnten die eher weichen, personen-orientierten sozialen Dienstleistungen wie im Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen unterschieden werden von der Herstellung und Aufrechterhaltung eher harter infrastruktureller Voraussetzungen des gesellschaftlichen Lebens wie etwa der Energie- und Wasserversorgung, des Städte- und Straßenbaus, der öffentlichen Medien und Kommunikationsnetze. Empirisch umschreibbare Betätigungsfelder sind zum Beispiel Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege, Grund- und Erwachsenenbildung, berufliche Aus- und Fortbildung, Wissenschaft und Forschung, sozialkulturelle Gemeinschaftsdienste, staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen, Rechtspflege, Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung sowie Gewerbe- und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung, Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, kommunale Verwaltung, kommunale Betriebe und Zweckverbände, öffentliche Sicherheit, Verbraucherdienste, Energieversorgung und Entsorgung, Wohnungsbau und Stadterneuerung, Natur- und Landschaftspflege, öffentlicher Verkehr, Bildung und Medien, Sportwesen und öffentliche Freizeiteinrichtungen, alle Kulturpflege in gesellschaftlicher Verantwortung, Integrationsarbeit, Umwelt- und Naturschutz, gesellschaftliche Notdienste, allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben, die allgemeine Gesundheitsversorgung sowie nicht zuletzt der weite Bereich internationaler Aufgaben und Hilfen. Eine praxiswissenschaftlich fundierte, in ihrer Art systematisch und mit 10.000 Positionen empirisch umfassende Registratur stellt der von mir in Buchausgabe 1986-2006/7 (890 S.) für die Stadt Nürnberg verfasste „Stadtwegweiser“ dar: <http://www.stadtwegweiser.nuernberg.de>

Entwicklung.⁴⁹ Es geht also um Formveränderungen im Reproduktionsgefüge, die durch den ursprünglichen Marxschen Entwurf nicht abgedeckt sind und daher in der traditionellen politisch-ökonomischen Begriffswelt auch nicht angemessen identifiziert wurden:

Ich spreche die gesellschaftliche Arbeit und Produktion auf den fraglichen Gebieten mit dem neuen Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ an. Er fasst infrastrukturelle und sozial-kulturelle Leistungen oder Produktionen zusammen, die wesentlich durch den Steuer- und Sozialstaat vermittelt werden und der Reproduktion geographisch und sozialräumlich beschränkter, gesellschaftsgeschichtlich konstituierter Gemeinwesen gelten. Er bezieht sich somit keineswegs nur auf das Soziale im engeren Sinne und richtet sich auch gegen die liberalistisch infizierte Idee einer bloßen sozialstaatlichen „Daseinsvorsorge“, bei der ausgeblendet bleibt, dass sozialwirtschaftliche Dienste heute ebenso und in anderen Verhältnissen in erster Linie der menschlichen und zivilisatorischen Lebensentfaltung und -erhöhung dienen.

Im Hinblick auf die Begriffsbildung fällt auf, dass es eine ganze Reihe von Versuchen im Sinne einer „Verortung der Sozialwirtschaft im gesellschaftlichen Feld“ gibt. Es werden Kriterien veranschlagt wie öffentliche Eigentümerschaft oder Public Service, keine Markt- oder Gewinnorientierung oder auch die Ausrichtung auf gemeinnützige und lebensdienliche Ziele. In Begriffen wie „Sozialökonomie“ oder „Dritter Sektor“ deuten sich bereits weiter gehende Ordnungsversuche im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge an. Alle derartigen Begriffsbildungen bleiben aber so oder so unscharf oder inkonsequent. Das gilt auch für den zunehmenden Gebrauch des Begriffs „Sozialwirtschaft“ im engeren Sinne eines Wirtschaftssektors und Lehrgebiets oder einer „Socio-Economy“ im weiteren Sinne einer ganzheitlichen politischen Ökonomie.

In der neuen Grundkategorie der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ sollen, im Unterschied zur industriewirtschaftlichen Produktion für den Warenmarkt und für privaten Verbrauch, im Grundansatz jene wirtschaftlich bedeutsamen Aktivitäten zusammengefasst werden, durch welche allgemeine

⁴⁹ Untersuchungen wie etwa Rudolf Goldscheids Arbeit über „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft sind in diesem Zusammenhang belegkräftig und können neu bewertet werden: Goldscheid, Rudolf (1926): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wieder abgedruckt S. 253-316 in Rudolf Hickel (Hg.), Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1976.

Grundlagen, gemeinschaftliche Existenzbedingungen oder überhaupt das sozial-zivilisatorische Gehäuse der modernen Gesellschaft hervorgebracht und besorgt werden. Sozialwirtschaftliche Dienste sind aufgrund ihres Naturells nicht auf eine Produktion in Warenform zugeschnitten, obwohl sie auch diese Form annehmen können oder in sie gezwängt werden: Der unmittelbar kostenfreie Dienst einer Poliklinik kann auch einem Gesundheitskonzern übereignet werden. Obwohl jedermann den Unterschied spürt, bietet sich empirisch ein verwirrendes Bild, dessen innere Komposition nur durch eine abstraktive Modellierung und Formanalytik aufgedeckt werden kann.

Offenkundig erfordert die historische Entfaltung und das Gewicht der sozialwirtschaftlichen Dienste im volkswirtschaftlichen Zusammenhang eine Überschreitung der Marxschen Reproduktionsschemata. Es handelt sich um eine Neuformierung der ökonomischen Praxis. Um sie kenntlicher zu machen, können die beiden klassischen Reproduktionsabteilungen für Produktionsmittel und Konsumtionsgüter vorerst als Bereich „industriewirtschaftlicher Warenproduktion“ zusammengefasst und die neue Abteilung „sozialwirtschaftlicher Dienste“ als eine damit notwendig verknüpfte, komplementäre Abteilung konfiguriert werden. Diese wird, in Reinform betrachtet, durch institutionelle Organe des Gemeinwesens, also hauptsächlich durch Steuern, Sozialabgaben und öffentliche Haushalte, *quasi öffentliche* Institute eingeschlossen, vermittelt und kollektiv finanziert. In diesem Sinne können auch Subventionen betrachtet werden, was darauf hinweist, in welcher enormen Ausmaß die sozialwirtschaftliche Form das sonstige ökonomische Leben schon infiltriert hat.

3.2 Der Staat in der neu konfigurierten Reproduktionsordnung

Wie kam es überhaupt dazu, dass der moderne Staat seine Rolle als ökonomische Zentral- und Vermittlungsinstanz immer mehr entfaltete? Mit der Industrialisierung ging die Urbanisierung einher und es entstanden damit neue Anforderungen und Möglichkeiten der Erziehung und Bildung, hinsichtlich der Entwicklung von Verkehr und Kommunikation, überhaupt was das sozial-infrastrukturelle Gehäuse und die darin entfalteteten zivilisatorischen Praktiken, nicht zuletzt den Weltverkehr einer modernen Gesellschaft angeht. Der ‚politische‘ Staat⁵⁰ veränderte sich im Zuge der notwen-

⁵⁰ Die Systembindung der Politik oder der Klassencharakter des Staates in der bürgerlichen Demokratie, unter der Hegemonie der Kapitalwirtschaft, werden hier nicht ausdrücklich thematisiert. Den Gesichtspunkt beleuchtet Günter Buchholz mit

digen Übernahme und Entfaltung wirtschaftsgesellschaftlicher Grundfunktionen im Sinne des modernen Steuer- und Haushalts-, Sozial- und Interventionsstaates. Er wurde auf der Basis von Steuern und Abgaben und vermittelt der Haushalte von Staat, Kommunen und Sozialversicherung zu einer ungeheuren ökonomischen Transferagentur und zu einem regulatorischen Zentrum für die entsprechende gesellschaftlich notwendige sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion.

Im Resultat handelt es sich nunmehr um eine wert- und reproduktionstheoretisch notwendige Verknüpfung zwischen industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und durchgreifenden sozialökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit. Diese Figuration gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den formationell höher entwickelten Wirtschaftsgesellschaften mit einer Staats- und Sozialquote von 40-60% ihr charakteristisches volkswirtschaftliches Profil.⁵¹ Sie bildet die dreistellige Kernstruktur der modernen Zivilisation, in der sich zugleich die urbane, kommunal verfasste Praxis als sozioökonomische Basiseinheit der gesellschaftlichen Selbstorganisation und des Lebensvollzugszusammenhangs kristallisiert hat.

Es ist damit offenkundig, dass etwa das traditionelle Schema von Basis und Überbau die innere Gliederung der gesellschaftlichen Praxis nicht mehr richtig beschreibt. Aber auch die liberalistische Ideologie hinsichtlich des Verhältnisses von Markt und Staat verfehlt die Realität: Ohne staatliche, das heißt hier instituierte allgemeingesellschaftliche Regulierung, das heißt auf kapitalwirtschaftlicher Grundlage ohne Staatsverschuldung, ohne staatliche Vermittlung oder Verteilung sowohl als Subvention in die industriewirtschaftliche Warenproduktion wie als Transfer in die sozialwirtschaftlichen Dienste, ohne öffentliche, sozialwirtschaftliche Dienste und Angebote im weitesten Sinne des Wortes, ohne massive staatliche Intervention an den immer neu aufbrechenden Problem- und Leerstellen oder bezüglich der destruktiven externen Konsequenzen des privatistischen Wirtschaftshandelns funktioniert überhaupt nichts mehr. Das reale, hegemoniale ökonomische System ist eine staatlich durchdringend vermittelte und moderierte, mit dem Komplement entfalteter sozialwirtschaftlicher Dienst untrennbar verwachsene Kapitalwirtschaft. Die internationale Verflechtung und trans-

dem Beitrag im vorliegenden Sammelband: „Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat in der Neoklassik, bei Keynes und in der marxistischen Theorie“.

⁵¹ Vgl. Müller, Horst: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909-924 in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001.

nationale Agenturen der im Kern industriewirtschaftlichen Warenproduktion heben diese Formbildung nicht etwa auf, sondern setzen darauf auf und verschärfen deren innere Widersprüchlichkeit.

Im ideologischen Selbstverständnis der vorliegenden Praxisfiguration als *Sozialstaat* und *soziale Marktwirtschaft* werden die tatsächlich zugrunde liegenden kapitalökonomischen Formbildungen, die durch die Existenz des Sozialwirtschaftlichen gesteigerte innere Widersprüchlichkeit und der letztlich transitorische Charakter dieser Ökonomik verkannt. So konnte es dazu kommen, den Sozialstaat des 20. Jahrhunderts oder die soziale Marktwirtschaft als mehr oder weniger optimalen Kompromiss, jedenfalls im Grunde als nicht mehr überholbare Gestalt des Wirtschaftslebens anzusehen. Erzbischof Reinhard Marx, der in einem fiktiven Brief „Marx schreibt an Marx“ mit seinem Namensvetter kokettierte, forderte in geblendetem missionarischen Geist sogar eine „Globalisierung der sozialen Marktwirtschaft“.

3.3 Soziale Marktwirtschaft als reifer Kapitalismus

Eine Streitfrage im Anschluss an die bisherigen Überlegungen lautet: War die Herausbildung jener sozialstaatlich durchdrungenen Marktwirtschaft oder des Sozialkapitalismus nur die vorübergehende Verkleidung eines alten Naturells, das sich auch im Imperialismus schon hinlänglich offenbart hatte und in neuerer Zeit in Gestalt der neoliberal radikalisierten Kapitalwirtschaft wieder deutlich zu erkennen gibt? Nach der hier entwickelten Ansicht stellt die neue Formierung eben nicht nur ein vorübergehendes Zugeständnis aufgrund gewerkschaftlichen Drucks in der Boomphase oder unter den Bedingungen der west-östlichen Systemkonkurrenz, nicht einfach nur einen Reparaturbetrieb im Hinblick auf die sattsam bekannten sozialen Dysfunktionen der Markt- und Kapitalwirtschaft oder ein probates Besänftigungs- und Manipulationsinstrument dar, für das im Zuge der Entfaltung der fordistischen Massenproduktion einmal ein Spielraum gegeben war. Er war und ist zugleich und wesentlich Ausdruck einer verwandelten Prozesstotalität der Kapitalwirtschaft, welcher in bestimmter Hinsicht bereits eine Transformationsfigur eingeschrieben ist.

Ich spreche von einer neu gestalteten, dreistelligen Reproduktionsordnung, für welche die ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit konstitutiv sind. Diese unterscheidet sich grundlegend von der Modellierung, an die Marx ursprünglich ansetzte und auf die er im zweiten Band des Kapitalwerks zurückkam. Dem politökonomischen Schematismus, der sich dieser Einsicht entziehen möchte, sei entgegengehalten: Im Grunde ist

im Zuge der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung, noch im Rahmen der alten Ordnung, nur eingetreten, was Marx in bestimmter Hinsicht erst für eine postkapitalistische Gesellschaft erwartet hatte: Ein bedeutendes Anwachsen des zur Befriedigung von gemeinschaftlichen Bedürfnissen Bestimmten, wie Erziehung, Bildung und Gesundheit, eine Ausweitung der gesellschaftlichen Fonds für die allgemeinen, ökonomisch-zivilisatorischen Bedingungen der gesellschaftlichen Praxis.⁵²

3.4 Zur Latenz des Transformationspotentials in der Boomphase

Die vorgeschlagene Neubewertung der als frei und sozial proklamierten kapitalwirtschaftlich-liberaldemokratischen Ordnung im Hinblick auf den Reifestatus der Reproduktionsverhältnisse und ihren Doppelcharakter bedeutet zunächst, dass eben darin die reale Ausgangsbasis der systemisch-historischen Weiterentwicklungen zu sehen ist. Die These, dass die neuartige Figuration einen in sich widersprüchlichen Sozialkapitalismus repräsentiert, der schon bestimmte Transformationspotentiale beinhaltet, ist aber damit zunächst immer noch eine Hypothese. Für deren Beleg wird allerdings besser die heutige, wiederum veränderte Praxisfiguration zugrunde gelegt, weil darin der immanente Konflikt schärfer zutage tritt:

In jener Aufbau-, Wachstums- und Expansionsphase der Kapitalwirtschaft nach dem großen Krieg, man sprach vom angebrochenen Zeitalter des Massenkonsums, Eric Hobsbawm von einem „goldenen Zeitalter“, das dann doch in den 70er Jahren auslief, machte sich das Andere noch nicht auffällig geltend. Im Rahmen der vorliegenden Darlegung genügt an dieser Stelle die These, dass die Expansion der sozialwirtschaftlichen Dienste und die Entfaltung der Sozialstaatlichkeit zunächst selbst ein integriertes, auch stimulierendes Moment der damaligen kapitalwirtschaftlichen Wachstumsbewegung darstellte. Insofern kann im Grunde auch jede spätere Wachstumsbewegung Momente aufweisen, welche in diesem Sinne eine Sozialstaatsillusion neu beleben.

Erst in dem Moment, in dem die Kapitalwirtschaft selbst dem Boom entwachsen ist und sich, durch die zurückliegende Phase der liberalistischen Radikalisierung hindurch, in die Wachstumsklemme und in das Krisengemenge der Gegenwart manövriert hat, erscheint der Sozialstaat oder das Sozialwirtschaftliche aus der Perspektive der Kapitalwirtschaft als nunmehr ungeliebter Bettgenosse, den man am liebsten hinauswerfen

⁵² Siehe Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms. MEW 19, S. 13-39.

möchte., Wo das nicht so einfach ist, ist man bestrebt, es möglichst zurecht-zustutzen, einzuhegen oder zu assimilieren: Dass das, was jahrzehntelang als Errungenschaft des Sozialstaats gepriesen wurde und das Politik- und Staatsverständnis in den Kernländern Europas entscheidend geprägt hat, nunmehr ganz opportun und, auf der bestehenden Systemgrundlage irreversibel, zurückgebaut und zersetzt wird, kostet dem Wohlfahrt versprechenden System zunächst nur seine Reputation, dagegen dessen Mitläufer und Promotor, der Sozialdemokratie, deren Agenda von 1914 bis 2010 an den Schwanz des Kapitals gebunden war, Kopf und Kragen.⁵³

In jener Boomphase und in der Konfrontation des Kalten Krieges fehlten noch die wesentlichen theoretischen wie praktischen Voraussetzungen, um auf ein vorhandenes Transformationspotential Bezug zu nehmen. Lediglich auf hochabstrakter philosophischer Ebene wurde die Latenzhaltigkeit des „Spätkapitalismus“ angesprochen. So formulierte Herbert Marcuse, „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da ... die sogenannten utopischen Möglichkeiten ... [sind] gar nicht utopisch ...“.⁵⁴ Erst jetzt, in der Übergangsperiode als einer systemischen Grenzsituation, macht sich das Neue in einer verschärften Widersprüchlichkeit zum Alten deutlicher bemerkbar. Um das deutlicher zu machen, sollen zunächst weiter gehende Veränderungen der Praxisform ins Auge gefasst werden.

4. Die finalisierende Entwicklung der Kapitalwirtschaft

4.1 Konzentration auf realwirtschaftliche Zusammenhänge

Wir suchen eine Antwort auf die Frage, warum und wie der Sozialkapitalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert sein Gesicht oder vielmehr inneren Formbildungen weiter verändert hat. Alle Reproduktion ist zugleich notwendig Neuproduktion und Destruktion der alten Form, so Marx: Im

⁵³ "Does Social-Democracy Have a Future?", fragt Immanuel Wallerstein in seinem Commentary No. 290, October 1, 2010: "The consequence of this, however, was that Social-Democracy ceased to be a 'movement' that could rally the strong allegiance and support of large numbers of persons. It became an electoral machine that lacked the passion of yesteryear [...] Does social-democracy have a future? As cultural preference, yes; as movement, no."

⁵⁴ Vgl. Fuchs, Christian: Fortschritt und Utopie bei Marcuse und Bloch. In: Vorschein, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation No. 24/25, Philo-Verlag Berlin 2004: <http://fuchs.icts.sbg.ac.at/infogestech/fortschrittutopie.html>

Durchgang durch Krisen- und Reorganisationsprozesse jener Periode wandelten sich die Parameter der gesellschaftlichen Reproduktion und Praxis.

Das kapitalwirtschaftliche Welt-System begann in den 70er-Jahren in eine langgezogene, heute noch tiefer greifende Stagnationsperiode einzutreten. Die in der Vergangenheit so glänzend erfolgreiche politisch-ökonomische Reproduktionsweise schien den Betreibern in der gewohnten Gestalt nicht mehr aufrecht zu erhalten. Eine Wegmarke der Entwicklung bildet die Regierungsübernahme von Margret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981). Unter den Vorzeichen der nun einsetzenden, neoliberal gepuschten Ökonomisierung und Globalisierung veränderte die sozial-ökonomische Formierung ihren Aggregatzustand.

Bezüglich dieser Entwicklung interessieren im Folgenden bestimmte wert- und reproduktionstheoretische Aspekte dessen, was man mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Zusammenhang „Realwirtschaft“ nennen kann. Der Bereich industrieller Warenproduktion samt unternehmensnaher Dienst- und breit ausgelagerter warenwirtschaftlicher Vermittlungsleistungen steht dabei an erster Stelle, der Sozialstaat und das Sozialwirtschaftliche inklusive seiner Dienstleistungspalette an zweiter Stelle. Schließlich dürfen auch Fragen der kapitalwirtschaftlichen Globalisierung als konstitutive Momente der modernen Reproduktionsorganisation nicht ausgelassen werden.

Dagegen können Probleme des Kreditwesens, Fragen nach dem *Finanzkapital* oder den Hintergründen von Finanzkrisen zunächst außer Betracht bleiben: Eine politische Ökonomie des Finanzsektors⁵⁵, die Untersuchung der Entwicklung hin zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“⁵⁶, auch neuere Untersuchungen über die aktuelle Großkrise von Wirtschaft und Finanzen⁵⁷ bleiben zwar, etwa im Schlusswort, nicht ohne alternative Regulationsvorschläge, liegen aber auf der Hauptlinie einer aufklärerischen,

⁵⁵ Vgl. Zeise, Lucas: Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus. Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors. PapyRossa Verlag, Köln 2010.

⁵⁶ Vgl. Huffscheid, Jörg: Kapitalismuskritik heute. Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. VSA-Verlag, Hamburg 2010.

⁵⁷ Vgl. J. Bischoff / S. Krüger / K.G. Zinn: Finanzkrise, Überakkumulation und die Rückkehr des Staates. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2008. Altwater, Elmar: Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Westfälisches Dampfboot, 2010.

kritischen kapital- und krisentheoretischen Begleitforschung. In diesem Sinne erkannte bereits Marx im „Banksystem“ „das künstlichste und ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bringt“ und im „Kreditwesen“ einen „Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation“. Es beschleunigt die „materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts“, damit zugleich die Entfaltung der „materiellen Grundlagen der neuen Produktionsform“ und „die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen“ beziehungsweise das Vordrängen der „Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise“.⁵⁸

Die Marxschen positiven Hinweise, „daß das Kreditsystem als ein mächtiger Hebel dienen wird während des Übergangs aus der kapitalistischen Produktionsweise in die Produktionsweise der assoziierten Arbeit“ sind selbst mit dem Zusatz verbunden, „jedoch nur als ein Element im Zusammenhang der andren großen organischen Umwälzungen der Produktionsweise selbst“⁵⁹. Aus all dem ist eine weitere Bestätigung der wesentlichen Einsicht herauszulesen, dass via Geld- oder Bankreform weder die großen systemisch-strukturellen Krisen vermieden noch eine nichtkapitalistische Reproduktionsordnung initialisiert werden kann: Auch die heutige Geldreformbewegung läuft insofern weiter ins Abseits.

Für die angestrebte Identifizierung von positiven Elementen jener „großen organischen Umwälzung“ hin zu einer „neuen Produktionsform“ erscheint es also sinnvoll, sich auf die Aspekte einer realwirtschaftlich alternativen Reproduktionsordnung zu konzentrieren. Wie dieser Neuordnung auch andere Formbildungen des Geld-, Kredit- und Bankenwesens entsprechen, kann vielleicht besser auf der so gewonnenen Grundlage diskutiert werden: Zur Institutionalität der Finanzsphäre als sozialwirtschaftlicher Dienst in gesellschaftlicher Verantwortung und Kontrolle sind einige Bemerkungen am Schluss der vorliegenden Ausführungen möglich.

4.2 Aggregatzustand der Ökonomie und Wachstumsklemme

Motor der realen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung ist der unstillbare Rationalisierungs-, Akkumulations- und Expansionstrieb der Kapitalwirtschaft und die damit einhergehende Ausfaltung und Reorganisation

⁵⁸ Vgl. Marx, Karl: Das Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 620 und Kapitel 27: Über die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion, bes. S. 457.

⁵⁹ Marx, Karl: Das Kapital, MEW Bd. 3, S. 621.

technisch-wissenschaftlicher, sozialökonomischer und infrastruktureller, überhaupt zivilisatorischer Bedingungen, die schließlich in die Gestaltbildung der modernen Urbanität mündet. In der industriewirtschaftlichen Sphäre führte die forttreibende Entwicklung aber nicht nur viel weiter an die Kreation des „automatischen Systems der Maschinerie“⁶⁰ heran, wie Marx sich die industrietechnische Fertigungsautomatisierung vorgestellt und antizipiert hatte: Durch die digitale Revolution und die seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts voranschreitende Computerisierung, im Zuge der Verschmelzung der Informatik mit elektronischen technischen Elementen und die vergleichzeitigenden Kommunikationsabläufe ist der Produktionsorganismus nunmehr in hohem Maße durch eine mechatronisch perfektionierte Automatisierung und informatische Regulierung gekennzeichnet, die ihren wertökonomischen, konzentrierten Ausdruck in dessen tendenziell maximierter organischer Zusammensetzung findet.

Die Implementierung dieser Prozesselemente in die gesamte Betriebs- und Unternehmensorganisation, darüber hinaus aber auch in die Abläufe aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche einer „Informationsgesellschaft“ hat nunmehr die gesellschaftlich notwendige Arbeit derart vermindert, dass eine chronische, kapitalwirtschaftlich nicht mehr zu behebende Massenarbeitslosigkeit entstand. Es handelt sich daher bei der massenhaften Ausgrenzung von Arbeitsvermögen und der Prekarisierung in deren Vorhof nicht mehr nur um das klassische Phänomen einer gestaffelten konjunkturellen Reservearmee, sondern auch um die Konsolidierung einer von der Kapitalwirtschaft überhaupt überflüssig gemachten Erwerbslosen- und Armutsbevölkerung, die in einem sozialen Ghetto gehalten wird: Die Vernebelung dieser gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit wurde fortan ein Nebenjob der offiziellen Arbeitsmarktstatistik, während ein abstrakt utopisierendes Alternativdenken aus alldem unvermittelt die Schussfolgerung gezogen hat, dass der Gesellschaft „die Arbeit ausgeht“ oder, in einer närrischen Variante, ein Manifest zur „Aufhebung der Arbeit“ verfasste.

Die angezeigte Entwicklung hat weitere Konsequenzen: Durch die grenzwertige Steigerung der „organischen Zusammensetzung“ des Kapitals wird relativ zu wenig Lohnarbeit aktiviert und es fällt die zur Kapitalverwertung notwendige Massenkaufkraft am anderen Ende des Wirtschaftskreislaufs zurück. Das bedeutet vor allem, dass weitere herausgepresste Wachstumsschübe im Grunde keine relevante Mehrbeschäftigung mehr mit

⁶⁰ Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 592.

sich bringen können. Sie induzieren vielmehr, durch die Ersetzung älterer Anlagen und Arbeitsformen, tendenziell eine noch weitergehende, unverhältnismäßige Freisetzung von Arbeitskräften aus der industriewirtschaftlichen Produktionssphäre: Wie sollten ein „Green New Deal“ oder eine solarenergetische Revolutionierung, abgesehen von partiellen Milderungen der ökologischen Existenzprobleme oder vorübergehenden Stimulierungen der Wachstumseffekten, gegen die Problemakkumulation der Kapitalwirtschaft in ihrem finalisierenden Stadium ankommen? Wenn etwa ein Konsortium großer Konzerne wie geplant riesige Solarkraftwerke in den afrikanischen Wüsten errichtet, wird dies nichts gegen die chronische Wachstumsschwäche bewirken, welche alle höher entwickelten Industriegesellschaften wie eine Krankheit befällt und gegen die es mit herkömmlichen Methoden kein Heilmittel gibt. Die ritualisierten Beschwörungen von „Wachstum!“⁶¹ aus Regierungsbetänken und konformistischen Instituten, nicht nur der Wirtschaft, erinnern insofern an die Beschwörungen heidnischer Regenmacher, die Lügner bleiben, auch wenn es einmal regnet.

4.3 Staatsquote, Staatsverschuldung und Regression des Sozialen

Während sich also im Fortgang systemische Schranken im Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion geltend machten, kam es im fortgehenden 20. Jahrhundert zu einer schier unaufhaltsamen Steigerung der Staatsquote und zugleich der Staatsverschuldung. Die sachgemäß wachsenden Anforderungen an die gesellschaftliche Infrastruktur und die sozialen und kulturellen Dienste einer urbanen Gesellschaft überstiegen offenkundig stets die Finanzkraft des an das spezifisch kapitalwirtschaftliche Hebelwerk von Steuern und Abgaben gebundenen Sozialstaates, dessen Schuldenkonto sich durch eine permanent überschießende Kreditnahme erhöhte: Angaben zum Stand der Staatsschulden im Euroraum sprechen von einer Größenordnung zwischen etwa 35 und über 115, für Deutschland etwa 70 Prozent des BIP, und die verzweifelt anmutenden Bemühungen um

⁶¹ Dass eine am BIP orientierte Wachstumsmessung wenig über die Lebensdienlichkeit oder eine Wohlfahrtssteigerung durch jenes Mehr besagt, ist bekannt. In eine qualitative Lebensqualitäts- oder Wohlstandsmessung fließt dann aber wieder jene Ideologie ein, die in der Vorstellung vom guten Leben steckt. Und wie will man das alles objektiv beziffern? Mehr dazu <http://www.stiglitz-senfitoussi.fr/en/documents.htm>

einen europäischen Stabilitätspakt werden in keiner Weise aus der grundsätzlichen Problemlage herausführen.⁶²

Die Folge ist eine Tendenz zur Subordinierung und Strangulierung des Sozialstaats⁶³, durch die Kapitalwirtschaft und ihre perversen finanzwirtschaftlichen Ausgeburten, zu einer Vernachlässigung und chronischen Unterfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und Bedürfnisse, die insbesondere auf der unteren kommunalen Ebene spürbar wird. Dabei belastet der wachsende Zinsdienst an die privaten, in- und ausländischen Kreditgeber die öffentlichen Haushalte immer drückender und erzeugt eine zusätzliche grobe Verteilungsgerechtigkeit.

Die Rücknahme sozialer Standards im Zusammenhang der deutschen Agenda 2010 und die weiter treibende liberalistische Reorganisation der Sozialsysteme sind ein direkter Ausdruck dieser Zusammenhänge und unverblümt wird jetzt berichtet: es „toppen die europäischen Sparpläne alles Dagewesene.“⁶⁴

⁶² „Damit die Währungsunion wieder stabiler wird, sollen es nun schärfere Schuldenregeln richten. Ein neuer Stabilitätspakt. Einer, der endlich wirkt, statt aus scharfen Normen auf Papier zu bestehen, die Politiker nach ihren Vorstellungen umbiegen können. Die EU-Kommission arbeitete lange an den Regeln, sie sollten die Sanktionen für Schuldenländer quasi automatisieren, um sie politischer Willkür zu entziehen. Das Ergebnis ist nach Meinung vieler Beobachter ein Pakt, der genau das nicht leistet - sondern der ein Spielball der Politiker bleibt, der er immer war. Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr.226, Donnerstag, den 30. September 2010, S. 19.

⁶³ Siehe dazu das Grundlagenwerk von Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaats*. 2. durchgesehene Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. Aktuell spricht der Autor mit Blick auf die politische Manipulation der Hartz-IV-Regelsätze davon, dass der Sozialstaat „immer stärker in Richtung eines Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaates“ deformiert wird. Er verweist ausdrücklich auf die einmal angestrebte „Abkoppelung der sozialen Sicherung von der Erwerbsarbeit durch eine Wertschöpfungsabgabe“, die ein interessanter Ansatzpunkt für das Konzept der Sozialwirtschaft ist. Vgl. ebd. S. 283-286.

⁶⁴ „Deutschland will trotz des Aufschwungs bis 2014 80 Milliarden Euro sparen, Frankreich kürzt 40 Milliarden, Portugal kappt die Beamtengehälter und will die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent erhöhen. In Spanien gehen die Pensionäre leer aus, Italiens Regierung hat Einsparungen von 25 Milliarden Euro angekündigt. Großbritannien will die Ausgaben um ein Viertel kürzen, Bukarest senkt die Beamten-Löhne um 25 Prozent und hebt die Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte an.“ SZ Nr.246, Samstag, den 23. Oktober 2010, Seite 25.

Aus der hier entwickelten Sicht zeigt die schließlich auf 40-60% der Haushalte gestiegene Staats- und Sozialquote vor allem die gewachsene Bedeutung des sozialwirtschaftlichen Sektors an, während die auf moderate Weise, friktionslos nicht mehr lösbare Problematik der Staatsverschuldung auf fundamentale Disproportionalitäten und Dysfunktionen der zugrunde liegenden Reproduktionsordnung verweist. Ein wirkliches Wissen, woher diese kommt und wie dem überhaupt noch einmal wirklich abzuhelpen sei, ist im Grunde nicht vorhanden.⁶⁵

Während aus dieser Verlegenheit die säkulare Erweckungs- oder Wiederauferstehungslehre des „Wachstums“ weiter gepredigt wird, bietet sich Kapitalwirten wie haushälterisch klammen Wirtschaftspolitikern der Königsweg einer Orientierung auf verstärkten Waren- und Kapitalexport an: Wirtschaft und Gesellschaft sollen sich „fit machen für den Weltmarkt“. Aber auch dieses sportive Rezept verweist erneut nur weiter auf eine höhere Ebene der an Schranken stoßenden, finalisierenden Gesamtentwicklung.

4.4 Wurzeln, Spielräume und Schranken der Globalisierung

Was ist die Wurzel der in der zurückliegenden wirtschaftsgeschichtlichen Periode forcierten neoliberalen Globalisierung, oder auch der auf einer Ebene darunter vorangetriebenen Institutionierung und Integration erweiterter, kontinentaler Wirtschaftsräume wie der Europäischen Union. Diese bieten für das kapitalwirtschaftliche Triebleben so oder so ein erweitertes Spielfeld. Es handelt sich weder um eine Initiative aus unternehmerischem Tatendrang oder etwa um ein Gebot schlichter volkswirtschaftlicher Vernunft: Aufgrund des stets weiter treibenden kapitalwirtschaftlichen ökonomischen Kalküls wird die viel gepriesene Exportorientierung und Expansionsstrebung vielmehr zur Überlebensbedingung, zu einer Zwangsveranstaltung. Der in seiner gesamten ökonomischen Existenz unmittelbar an eine funktionierende Kapitalwirtschaft gekettete Sozialstaat passt sich dieser Situation durch die Annahme einer zweiten Identität als nationalökonomisch interessierter, global konkurrierender „Wettbewerbsstaat“ an, der unter dem

⁶⁵ Die herrschende Lehre weiß zur Erklärung nicht viel mehr zu sagen, als was ein Studierender dieser Tage auf seiner Folie für das volkswirtschaftlichen Seminar, im Internet, so formulierte: „Ursachen: Falsche Finanzpolitik - Der Staat gibt mehr Geld aus als er einnimmt“. Diese Vogel-Strauß-Wissenschaft verläuft sich von da nur noch in Fragen eines Schuldenmanagements für potentielle Fiskalpolitiker, die demnächst vielleicht über eine Insolvenzordnung und wirtschaftspolitische Ausflüchte für den Ernstfall des kapitalistischen Staatsbankrotts sinnieren dürfen.

Druck der Weltökonomie und nicht zuletzt des angestachelten Konsumismus der eigenen Bevölkerung laviert.

Die eigentliche Motorik dieser kapitalwirtschaftlichen Praxis ist an den immer neu hervorgetriebenen *produktiven Mehrwert* und dessen materiale, praktische Bestimmung zur Akkumulation geknüpft. Wenn aber, wie gezeigt wurde, eine Reinvestition im Kontext der inländischen Wachstumshemmung nicht recht lohnt, bleibt der systemkonforme Ausweg⁶⁶, das überbordende Mehrprodukt durch internationalen Austausch zu realisieren und den Gewinn oder das Mehrkapital in möglichst profitable externe Anlagensphären zu investieren.

Bei genauerem Hinsehen zeichnet sich hier die krisistheoretisch schwer verdauliche Möglichkeit ab, dass ein ausgebrachtes produktives oder auch konsumtives Mehrprodukt im internationalen Austausch vergoldet werden kann, ohne dass *unmittelbar* eine systemische Schranke in den Blick kommt: Die Globalisierung oder besser die tendenzielle, progressive Steigerung des weltweiten Austauschs und allseitige Aufschließung von Investitionsfeldern wäre in dieser Hinsicht so etwas wie ein Goldesel für die Kapitalwirtschaft, der insbesondere exportstarken Konzernen und Volkswirtschaften wie der deutschen erhebliche Vorteilsnahmen ermöglicht. Nur von vorne gesehen, nährt dessen Anblick die liberalistische Doktrin des freien Welt Handels. Die Profitquelle kann in der Tat auch das Weltsystem, mit besonderer Stimulierung durch ökonomisch-zivilisatorische Nachrücker bzw. Schwellenländer, allen voran die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, ein Stück Wegs weiter auf einem mäßigen Wachstumspfad halten.⁶⁷

Von hinten, in der weiteren Marschrichtung gesehen wird allerdings deutlich, dass die Entwicklung in den folgenden Akten, im Zuge der realen Akkumulation oder Investition auf ausgesuchten Zielgebieten, wie auch immer in großen Perioden verzögert oder überlagert, zu einer Wiederkehr aller fundamentalen Probleme führt.

⁶⁶ Andere, vorübergehend kompensatorische Methoden sind beispielsweise die Ableitung akkumulationsfähigen Produktivkapitals in megalomane Investitionsprojekte, für die als Extremfall der schnelle Brüter steht, oder Investitionen in Weltraum- und Kriegsabenteuer, mit denen sich die kapitalwirtschaftliche Überproduktion Ventile sucht: Ohne Irrsinn als Treibstoffzusatz und die Schmiere der Korruption kommt der ‚Wirtschaftsmotor‘ ins Stottern!

⁶⁷ Wachstumsprognosen der OECD für die globale Wirtschaft bewegen sich zur Zeit in der Größenordnung zwischen 1,5% und 2,5 %. Siehe <http://www.oecd.org>

In diesem Sinne signalisiert die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise das Ende des großen Hypes der neoliberalen Globalisierung, das Aufleben von Überproduktionskrisen und die weitere Ausbreitung extremer sozialer Polarisierungen und Verelendungszustände, die mit diesem Weltentwicklungsmodell unlösbar sind. Zu seiner sozialpathologischen Erscheinung trägt besonders bei, dass auch ein *konsumtiver Mehrwert* im globalen Wirtschaftsverkehr realisiert werden kann, ohne dass ein gutes Ende in Sicht kommt. Der zwischen den Besitzenden international verteilte, hypertrophierende Über- und Luxuskonsum wird in schreiendem Gegensatz zu der prekären Situation der überflüssig gemachten, marginalisierten Armutsbevölkerung und der Entwurzelten und Verelendeten in aller Welt, vor allem auch in Gegensatz zur überall sichtbarer hervortretenden Erschöpfung der natürlichen planetarischen Lebensbedingungen zelebriert.

Der Umschlag der Verhältnisse kündigt sich insbesondere dadurch an, dass an die Stelle der Rhetorik und Praktik des freien Welthandels zunehmend die eigene unverhohlene Vorteilsnahme tritt, eine zunehmend konträdiktorische Konkurrenz um Ressourcen, Absatzmärkte und Investitionsfelder einsetzt und sich die Kontrahenten zu mehr oder weniger offenen oder versteckten protektionistischen Maßnahmen⁶⁸ und existenzsichernden imperialen Strategien genötigt sehen.

Der kapitalwirtschaftliche Produktivismus und zwanghafte Overflow führt dazu, dass der Weltmarkt mitsamt den darin verflochtenen, extrem unterschiedlichen nationalökonomischen Terrains am Ende zu einem Konkurrenz- und Wirtschaftskriegsschauplatz⁶⁹ wird: Nach den im Streit und ohne wirkliche Wende endenden UN-Klimagipfeln, nach rund 10 Jahren spannungsgeladener Doha-Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation WTO gibt jetzt der so genannte „Währungskrieg“, ein Kampf um nationalökonomische Positionierung durch Abwertungswettlauf, Schutzzölle und andere Regulierungen, ein lautes Signal der Wende in den globalen Beziehungen. Eine Restrukturierung der Institutionen einer „Global

⁶⁸ „G-20-Staaten wie Russland, die USA, Indien, Argentinien und Brasilien führen die Liste der neuen Protektionisten an. Insgesamt gehen 172 neue Abschottungsmaßnahmen seit dem Ausbruch der globalen Krise auf das Konto der 20 Mächtigsten. Hunderte weitere Maßnahmen werden vorbereitet.“ Vgl. SZ/Kommentar „Der ewige Handelskrieg“, am 6./7. November 2010.

⁶⁹ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung warnt inzwischen vor den Folgen eines weltweiten „Handelskrieges und den herben Einbußen für die Unternehmer“.

Governance“ wird schwerlich dazu führen, dass sie realen, eklatierenden Widersprüche im Weltzusammenhang restrukturiert und befriedet werden.

Für den hier verfolgten positiven Untersuchungszweck genügt an dieser Stelle der Verweis auf das generelle Marxsche Diktum, dass im verwirklichten Weltmarktzusammenhang *alle Widersprüche* „zum Prozess kommen ... Die Krisen sind dann das allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung, und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“. Die Herausbildung des verselbständigt wirkenden Weltmarkts, signalisiert eine „solche Höhe“ der Entwicklung der kapitalwirtschaftlichen Formation, dass dieser „zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält“. ⁷⁰ Worin bestehen die von Marx angesprochenen „Übergangsbedingungen“, inwiefern zeichnet sich die „neue geschichtliche Gestalt“ ab?

4.5 Die formationell widersprüchliche Praxis im Übergang

Marx' kritische Analyse wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts formuliert, als die kapitalistische Produktionsweise erst im Entstehen und Werden begriffen war. Die realen Elemente einer höheren Zivilisation waren noch längst nicht vorhanden. Wir stehen aber, nach der wirtschaftsgeschichtlichen Ausformung eines reifen Kapitalismus im 20. Jahrhundert und weiteren Gestaltveränderungen bis hin zu der schließlich eingetretenen säkularen Krise, sozusagen am anderen Ende dieser Gesellschaftsformation.

Die für die industriewirtschaftliche, sozialstaatliche und sozialwirtschaftliche sowie globale Sphäre aufgezeigten Trends verweisen auf eine finalisierende Entwicklung der bestehenden Formierung. Das meint weder einen finalen Crash, einen nach krisentheoretischer Endzeitprophetie bevorstehenden „Weltbankrott des Kapitals“, noch beinhaltet der Ausdruck die Annahme einer schier grenzenlosen „transformistischen Flexibilität“, auf die Elmar Altvater verweist. Immanuel Wallerstein spricht, mit Blick auf eine offenkundig zunehmende Gefährdung der „operativen Mechanismen“ des Systems, von einer Annäherung an dessen Grenzen in einem asymptotischen Trendverlauf und betont die notwendige Hinwendung zu einer utopistischen Evaluierung der verschiedenen Entwicklungsperspektiven.⁷¹

⁷⁰ Marx, Karl: Grundrisse, S. 154, 95.

⁷¹ Vgl. Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010. Auch Karl Georg Zinn verweist neuerdings auf Wallerstein: Ders., Wirtschaftskrise, das Versagen der

In diesem Sinne stellt die finalisierende Entwicklung der Kapitalwirtschaft, die Domäne traditioneller Kapital- und Krisentheorie, nur die eine Dimension der gesellschaftlichen Praxis dar. Wir sind in eine Übergangsepoche eingetreten, in der, so die Generalhypothese, die Grundelemente des Neuen bereits als eine Realität in Latenz existieren. Das erinnert an den Marxschen Gedanken: Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie existiert, die Elemente und Kräfte des Neuen vorfinden würden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie. Die klassische Formel von einer gegebenen „Reife der Produktivkräfte“ reflektierte den Sachverhalt auf einer höchsten Abstraktionsstufe. Zur Erfassung des Entwicklungspfades hin zu einer anderen Zivilisation ist 150 Jahre nach Marx ein transformationstheoretisch konkretes Situations- und Orientierungswissen angefordert.

In erster Annäherung kann der praxistheoretische Ansatz in einem Denkbild veranschaulicht werden: Die Übergangsperiode umfasst die Schnittmenge zweier Formationen, bildlich zweier sich überschneidender flacher Ellipsen. Die gesellschaftliche Praxis in diesem Bereich ist daher eine doppelt dimensionierte, ihrem Wesen nach *formationell* widersprüchliche Wirklichkeit. Es handelt sich nicht um eine negative „Totalität“ von „Kapitalismus“, sondern um die spannungsgeladene Lebenswirklichkeit einer Übergangsgesellschaft. Die reale historische Situation als Übergang zu begreifen erfordert jetzt die Denkmittel des Praxiskonzepts, eine utopistische Forschungsorientierung und streitbare Wissenschaftlichkeit.⁷²

Nach der veranschaulichten Auffassung sind zwei Gestaltbildungen der Ökonomie gleichzeitig in Prozess gesetzt, werden im Praxisprozess als reale Praxisperspektiven betätigt und ringen miteinander: Der innere Widerspruch zwischen Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft hat sich, anders als in der vergangenen Hochzeit des Sozialkapitalismus, verschärft. Damit steht die Frage nach der Transformationsperspektive praktisch und theoretisch auf der Tagesordnung. Die antisoziale Mobilisierung des liberalistischen Lagers versteht sich insofern als Angriff auf das werdende Andere, das längst zu einer mittragenden Wirklichkeit der gesellschaftlichen Praxis geworden ist. Dagegen werden von der anderen Seite, in den politisch-ökonomischen Beiträgen und Debatten unserer Krisen- und Wendezeit,

Eliten und die Zukunft des Kapitalismus. Als Onlinetext m1610.pdf der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Juni 2010.

⁷² Wo eine reale Auseinandersetzung um den einen oder anderen Weg stattfindet, ist ein aufrechter Gedankengang, die ganze Wahrheit über den Konflikt, und jedenfalls alles andere als ein moralinhaltiger Habermasianischer Konsens am Platz.

zunehmend Aspekte und Elemente einer möglichen und wünschenswerten Neuordnung eruiert⁷³. Es kommt daher jetzt darauf an, ein vorhandenes transzendierendes Produktivkraftensemble zu identifizieren und eine daraus zu entbindende gesellschaftliche Alternative konkreter zu machen.

Ich nenne die Alternative nicht Sozialismus, sondern verstehe diesen im Sinne einer grundsätzlichen Richtungsanzeige. Aufgrund der Auffassung, dass die Entwicklung des Sozialstaats und der sozialwirtschaftlichen Dienste am deutlichsten auf eine neue und höhere Formbildung des Ökonomischen verweisen, erscheint der Ausdruck „Sozialwirtschaft“ als Bezeichnung einer nächstliegenden, nichtkapitalistischen Alternative geeignet. Demnach kann der zentrale, gärende und bewegende Widerspruch, der die Frontlinie der entscheidenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung markiert, als der zwischen der noch hegemonialen Kapitalwirtschaft und einer sich kristallisierenden sozialwirtschaftlichen Formierung verstanden werden. Wie dem nun beizukommen ist? In der Analyse ökonomischer Formbildungen kommt es Marx zufolge wesentlich auf die „Abstraktionskraft“⁷⁴ an, und dazu sehe ich hier nun noch die Notwendigkeit einer abstraktiven Modellierung plus die Zumutung des gedanklichen Experimentes.

5. Methodologische Überlegungen zur Transformationsanalyse

5.1 Anknüpfung an den höchsten Entwicklungsstand

Aufgrund der bisherigen Vorüberlegungen über innerliche Veränderungen der kapitalwirtschaftlichen Produktionsweise im nunmehr vernetzten Weltzusammenhang zeichnet sich ab, dass die angestrebte Form- und

⁷³ Es hätte keinen Sinn, hier Dutzende relevanter Artikel und Werke, Autoren und Diskussionen zu zitieren. Als Beispiele profunder Skizzen und geeignetes Studienmaterial seien genannt: Joachim Hirsch: „Die Krise des neoliberalen Kapitalismus: welche Alternativen?“ in: Altvater u.a., KrisenAnalysen, VSA-Verlag, Hamburg 2009; Joachim Bischoff / Christoph Lieber: „Staat, Akkumulationsregime und linke Alternativen“ in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2006. Bontrup, Heinz-J. (2010), Perspektive Wirtschaftsdemokratie, in: Zeitschrift Sozialismus Nr. 2/2010, S. 21 - 25; Krätke, Michael: Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. In: Wider spruch Nr. 43, Zürich 2002; Krause, Günter: Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik. 9 Thesen. S. 60-69 in Ders. (Hg.): Wirtschaftsalternativen im Diskurs. Berlin 2005.

⁷⁴ Vgl. Marx, Karl: Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 12: „Bei der Analyse ökonomischer Formen kann außerdem weder das Mikroskop dienen noch chemische Reagenzien. Die Abstraktionskraft muss beide ersetzen.“

Transformationsanalyse an den Entwicklungsstand kapital- und sozialökonomisch höher entwickelter Gesellschaften anknüpfen muss. Mit dieser Disposition ist allerdings keineswegs eine Entscheidung über den gesellschaftsgeschichtlichen Ort einer möglichen gesellschaftlichen Transformation getroffen:

Das traditionelle lineare Geschichtssprozessschema, das etwa der Hoffnung der russischen Revolutionäre auf eine zunächst anstehende Umwälzung im höher entwickelten Westen zugrunde lag, das sich auch im gesamten konventionellen Unterentwicklungs- und Entwicklungs-Denken des 20. Jahrhunderts reflektierte, kann nicht veranschlagt werden. Einerseits ist es aufgrund der formationell widersprüchlichen und dabei realiter unentschiedenen, offenen Situation obsolet, andererseits aber auch wegen der durchschlagenden *Gleichzeitigkeit* im globalen Ereigniszusammenhang des Übergangs.

In dieser gleichzeitigen Betroffenheit im Weltsystemzusammenhang erweist sich die Frage des Übergangs zu einer anderen gesellschaftlichen Selbstorganisation und zu einer Revision der internationalen Ordnung für alle Länder zu einem Existenzproblem, die sich nicht länger als Werkbank und offenes Investitionsfeld, als Monokultur, Ressourcenquelle und Müllhalde zu Diensten und unter der Superiorität Anderer ausplündern und missbrauchen lassen wollen. Entsprechende Frontlinien zeichnen sich beispielsweise ab in der Gespaltenheit der WTO, im Verhältnis zwischen der Gruppe der G20, der größten Industrie- und Schwellenländer, und der G90, der größten Gruppierung von schwächeren Entwicklungsländern, sowie anderen interessengeleiteten Partnerschaften und Zusammenschlüssen, die sich im Verlauf der WTO-Verhandlungsrunden zusammengefunden haben.⁷⁵ In den Reihen der Entwicklungsländer wächst das Bewusstsein, dass das bestehende weltwirtschaftliche Gefüge disparitätisch und grob ungerecht ist und dass es eines grundlegenden Wandels bedarf: Das liberalistische Modell taugt im Grunde nicht zur Lösung der eigenen und globalen Grundprobleme.

⁷⁵ Vgl. tagesschau.de: Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html> Stand: 29.07.2010

5.2 Eine praxistheoretische Form- und Transformationsanalyse

Der forschende Blick muss sich zunächst auf sozialkapitalistisch höchstentwickelte Gesellschaften richten.⁷⁶ Dort sind jedenfalls Grundvoraussetzungen für eine radikalreformerisch ansetzende Transformation identifizierbar: Im Kreis der industriewirtschaftlichen Warenproduktion kommt auf breiter Front die Produktivkraft automatisch-informationeller Systeme zur Geltung, und insgesamt ist ein Niveau materieller Produktivität und zivilisatorischer Anforderungen erreicht, auf dem die Arbeit an den allgemeinen und gemeinschaftlichen Bedingungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, also sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion, ein hinreichendes Gewicht als Wirtschaftsabteilung hat. Damit verbunden sind ausgeweitete und unverzichtbare sozial-ökonomische Direktions- und Transferfunktionen staatlicher Organe. Schließlich verweist der Overflow der Verwertungsökonomik auf eine reale Potentialität, welche die Möglichkeit einer Rücknahme der entbetteten Produktionskräfte in gesellschaftliche Verantwortung und Kontrolle anzeigt.

Wenn in diesem Zusammenhang eine Systemalternative angelegt ist, wie kann sie gefasst werden? Mein Vorschlag zielt auf eine Form- und Transformationsforschung, deren Kern eine *szenische dialektische Praxisformanalyse* darstellt. Der Ausdruck „szenisch“ verweist darauf, dass nicht nur ein Wertetabelleau, sondern ein qualitativ bestimmtes und geschichtlich bewegtes Szenario zugrunde zu legen ist. Der Zusatz „dialektisch“ zeigt an, dass es darauf ankommt, eine quasi historische Entwicklungsbewegung des Szenarios zu modellieren, an der sich der entscheidende systemisch-formationelle Umschlag der Praxisform, der damit verbundene Wechsel der hegemonialen Position aufweisen lässt. Die wirtschaftlich und geschichtlich indexierte, gehaltvolle Gesamtanordnung eines solchen Gedankenexperimentes stellt insoweit einen vollen Praxisformwechsel dar und *nicht nur* die schon bezeichnete halbierte Dialektik der Praxis, welche auf die Kritik einer Praxistotalität zielt: Deren entscheidende Aspekte sollen in der praxistheoretisch erweiterten Konzeptualisierung aufgehoben sein. Diese drückt nichts ande-

⁷⁶ Unter Berücksichtigung aller historischen, sozialökonomischen und kulturellen Bedingungszusammenhänge fallen in erster Linie die Kernländer des „Old Europe“ ins Auge. Das hat, so wenig wie Marx' ökonomisch-philosophisches Konzept, nichts mit einem „Eurozentrismus“ zu tun, sondern beruht auf einer historisch-formanalytischen Situationseinschätzung. Welcher Stellenwert in der globalen Gleichzeitigkeit etwa den Entwicklungen in China und in Lateinamerika zukommt, ist eine andere, meiner Ansicht nach offene Frage.

res aus als den realen, gemischten oder kontradiktorischen Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit einer Übergangsgesellschaft, die damit in der Tat zwei Dimensionen oder Praxisperspektiven aufweist, doppelbödig und widersprüchlich konstituiert ist.

Der konkrete transformationstheoretische Ansatz liegt demnach in einer kreisläufigen Modellierung der dreistelligen modernen Reproduktionsordnung, welche die beiden Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste sowie eine gesamtwirtschaftliche, staatliche Vermittlungsinstanz im Zusammenhang einer umgreifenden wertökonomischen Gesamthaushaltung komplementär und paritätisch integriert. Was so vielleicht schwer verständlich anmutet, zielt auf eine auch auf Quesnay und Marx zurück verweisende, neu ansetzende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalyse, wie sie überhaupt zur Grundlegung einer realistischen Wirtschaftstheorie unverzichtbar ist.⁷⁷

Ich versuche im Folgenden, diese Zusammenhänge diskursiv aufzubereiten und verständlicher zu machen. Es wird zu einem Gedankenexperiment eingeladen, aus dem sich transformationstheoretische Schlussfolgerungen ergeben.

6. Modellierung und Analytik der Systemalternative

6.1 Erweiterung der Kritik der politischen Ökonomie

Die von Marx begründete Kritik und wegweisende Rechenschaftslegung über den sozialökonomischen Prozess zielte auf den verwertungsökonomischen Charakter der Kapitalwirtschaft als eine historische, für die gesellschaftliche Praxis insgesamt äußerst problematische, sich weltweit durchsetzende Form, in der die gesellschaftliche Arbeit, Produktion und Praxis unter die Oberhoheit von Profiteuren gerät. Aus der speziellen Reproduktionsorganisation erwachsen enorme progressive wie destruktive, am Ende

⁷⁷ Die Marxsche Forschungsmethode beruht auf diesem Ansatz: Man kann die Wirkzusammenhänge und die Formbildungen einer *Praxis* nicht bestimmen, wenn man nicht von ihrer Erscheinung als Ganzheit und der notwendigen inneren Gliederung ausgeht, in diesem Fall als reproduktiv in sich zurückkehrenden Zusammenhang. Dazu passt auch Keynes' Bemerkung, die R. Skidelsky in „Die Rückkehr des Meisters“ zitiert, die Volkswirtschaft sei „eine Wissenschaft des Denkens in Modellen, ergänzt durch die Kunst, für die zeitgenössische Welt relevante Modelle auszuwählen“. Die Modellkonstruktionen, mit denen man im neoklassischen Robinson Klub spielt, sind das genaue Gegenteil, eine „Wissenschaft, die keine ist“, so Alexander B. Voegelé in „Das Elend der Ökonomie“, Rotpunktverlag, Zürich 2007.

transformatorische Tendenzen und Konsequenzen. An der Wende zum 21. Jahrhundert ist die Zeit des Übergangs eröffnet.

Auf der fortgeschrittenen Entwicklungsstufe wird im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, neben den bekannten und verstärkten Übelständen, ein kardinaler Konstruktionsfehler der Produktionsweise offenkundiger, der in der klassischen Kritik der politischen Ökonomie nicht scharf formuliert werden konnte: Die disparitätische, repressive Behandlung der sozialwirtschaftlichen Dienste, die heute als sozusagen zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit die Grundlagen oder das Gehäuse der modernen, urbanen Zivilisation reproduzieren. Diese rangieren im ökonomischen Kalkül der Kapitalwirtschaft als negativer Posten oder notwendiges Übel: Steuern und Sozialabgaben, welche sozialwirtschaftliche Dienste finanzieren, setzen systemgemäß so an, dass sie die Kosten der Arbeitskraft und der aus kapitalwirtschaftlicher Perspektive sozusagen toten gesellschaftlichen Gemeinkosten erhöhen und so oder so den Mehrwert reduzieren. Die daraus finanzierte sozialwirtschaftliche Arbeit gilt in diesem System also effektiv nicht als paritätisch wertschaffend: Das nicht enden wollende, stupide liberalistische Lamento, inwiefern der Staat, die öffentlichen Angebote und sozialen Leistungen „die Wirtschaft“ belasten, besagt nichts anderes. Die sozialwirtschaftlichen Produktionen werden auf das aus der hegemonialen Perspektive notwendige oder gerade nützliche beschränkt und bleiben in kapitalwirtschaftliche Fesseln gelegt.

Als wertschaffende Arbeit rangiert hier im Wesentlichen, was sich der waren- und kapitalwirtschaftlichen Form beugt und in deren Reproduktionskreise einfügt, während im Grunde *alle* andere gesellschaftlich notwendige, nützliche und sinnvolle Tätigkeit als mehr oder weniger brauchbares Beiwerk, Ballast oder gar Übel behandelt wird: Die Kapitalwirtschaft war insofern von vornherein ein historisch beschränktes, wenngleich in anderen Aspekten progressives Konstrukt. Aber sie ist am Ende unfähig, eine stimmige und zukunftsfähige Organisation des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit hervorzubringen. Aus einer freieren Sicht lautet der Befund: Sozialwirtschaftliche Dienste wie Erziehung und Bildungsarbeit, Straßenunterhalt, öffentliche Medien und Pflegetätigkeiten sind heute gesellschaftlich und insbesondere wirtschaftlich notwendige und überaus sinnvolle Arbeit, kommen aber in dem Prokrustesbett, das die Kapitalwirtschaft ihnen in der Dienstbotenkammer anbietet, als solche nicht wirklich zur Geltung und Entfaltung.

Der prekäre Mangel führt auf die Tatsache zurück, dass der Staat, die Organe der Gemeinschaft und folglich auch die sozialwirtschaftlichen

Dienste, sich überwiegend und mehr oder weniger notdürftig aus einer, sei es unmittelbar oder auf Umwegen, Besteuerung oder Belastung von kapitalwirtschaftlich abgeleiteten *Einkommen*, politökonomisch gesprochen aus Löhnen und Gewinnen finanzieren. Betrachtet man jedoch den Zusammenhang der wirtschaftlichen Hauptabteilungen, in denen beide Seiten auf dem Niveau hoher organischer Komposition, also mit einer enormen Sachausstattung operieren, wie zum Beispiel Universitäten, Krankenhäuser oder der öffentlichen Nahverkehr, dann wird klar: Aus den kapitalwirtschaftlich residualen Einkommensgrößen kann der für die sozialwirtschaftlichen Dienste nötige Transfer vor allem an Investitionsmitteln, politökonomisch gesprochen an konstantem Kapital, grundsätzlich niemals zureichend geschöpft werden. In kapitalwirtschaftlicher Perspektive goutiert man daher Freiwilligen- und Ehrenamtsarbeit mit dem Besen und aus dem Handkoffer, aber ein flächendeckendes Netz kommunaler Kommunikations- und Kulturzentren oder des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, eine anständige Lebensmittel- und Gewerkekontrolle in öffentlicher Regie kann nicht sein, weil es „die Wirtschaft“, die sich fälschlich allein als solche versteht, zu sehr belastet.

Tut der Staat daher, was man von ihm allseits erwartet, um den zivilisatorisch anwachsenden Grundanforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft zu genügen, ist er unweigerlich zur Verschuldung genötigt. Er bleibt wie die an ihn angebundene Klasse der sozialwirtschaftlichen Dienste auf das Funktionieren der industriewirtschaftlichen Warenproduktion angewiesen und steht sozial- und wirtschaftspolitisch unter deren Oberhoheit. Die scharfe These lautet also: Die sonst kaum vernünftig erklärliche und heute immer mehr überbordende Staatsverschuldung wurzelt in einem fundamentalen Kalkül- und Konstruktionsmangel der kapitalwirtschaftlich dominierten Reproduktionsordnung, und die mit der öffentlichen Finanznot zusammenhängende chronische Unterfinanzierung der Kommunen⁷⁸ und sozialwirtschaftlichen Dienste ist infolgedessen ein sekundär induziertes, systemisches Grundproblem, in dem eine immanente historische Schranke der sozialkapitalistischen Formierung zutage tritt.

78 Die Präsidentin des Deutschen Städtetags, Petra Roth, erklärte auf einer kommunalen Fachtagung: „Es darf nicht sein, dass Städte sich immer weiter verschulden müssten, um auch nur die elementarsten Leistungen für ihre Bürger finanzieren zu können.“ Die Rede ist von einer „Fahrt ins fiskalische Nirwana“. Siehe den WDR-Bericht „Städtetag: Schulden bergen Sprengkraft“ am 19.02.10: http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/oeffentliche_finanzen/kommunen/rekordverschuldung/100219.jhtml

6.2 Die sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung

Gibt es eine Lösung des ansatzweise identifizierten, praktisch allenthalben durchschlagenden Problems? Zum besseren Verständnis muss noch einmal das Reproduktionsgefüge in jener einfachen Grundgestalt vergegenwärtigt werden, die für die weiter gehende Analyse der wertgesetzlichen Zusammenhänge und Formbildungen zunächst unterstellt werden muss. Außer Betracht bleiben vorab innere Differenzierungen wie etwa die Unterscheidung der beiden klassischen Abteilungen in der Sphäre der industriewirtschaftlichen Warenproduktion, oder das große, heute und auch in Zukunft bedeutsame Feld jener *persönlichen Dienstleistungen*, welche sich nicht geschichtlich in sozialwirtschaftliche Dienste transformiert haben, sondern auch auf heutigem Entwicklungsniveau aus kapitalwirtschaftlich abgeleitetem Einkommen bezahlt werden.

In der reinen Grundform gibt es zunächst die Abteilung der Waren produzierenden, industriewirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten, die man sich inklusive der so genannten unternehmensnahen Dienstleistungen denken kann. Daneben existieren als zweiter Wirtschaftssektor, die „sozialwirtschaftlichen Dienste“. Diese würden in der Grundkonstellation, wie Immanuel Wallerstein ausführt, „von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt“⁷⁹. Man mag dabei etwa an kommunale Kindergärten, ein staatliches Museum, das Opernhaus oder den öffentlichen Rundfunk denken. Eben diese Bezahlung erfordert aber eine dritte, gesamtgesellschaftliche Instanz. Diese muss über ein hochorganisiertes Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen verfügen und kann so kraft ihrer Dispositionsbefugnisse die Unterhaltung allgemeingesellschaftlicher Aufgaben oder Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse aus den kollektiven Fonds vermitteln.

Diese dritte Instanz ist das, was man pauschal „Staat“ nennt, sich jetzt aber einmal genauer vor Augen führen sollte: Der moderne Staat stellt ein sehr ausdifferenziertes Ensemble dar, das verschiedene subsidiär verknüpfte Ebenen sowie spezialisierte Institutionen aufweist, wie wir sie von staatlichen Behörden, kommunalen Ämtern, Körperschaften des öffentlichen Rechts, etwa auch als Arbeitsverwaltung oder Sozialversicherungsträger kennen. Das Wirtschaftsleben fußt somit auf dem Dreigestirn von industriewirtschaftlicher Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und so oder so beauftragten und befugten Organen des Gemeinwesens, die durch Steuern und Haushalte den Prozess vermitteln.

⁷⁹ Vgl. Wallerstein, Immanuel: Utopistik. ProMedia Verlag, Wien 2002, S. 86, 91.

In dem möglichen besseren Zustand, in welchem der Konstruktionsmangel und die Entwicklungshemmung der Kapitalwirtschaft aufgehoben wären, würden etwa verfassungsgemäß legitimierte, demokratische wirtschaftsgesellschaftliche Organe auf allen Ebenen und in allen Bereichen über Mittel aus Steuern und Abgaben verfügen und gemäß Haushaltsplänen zu einer unverkürzten „kollektiven Finanzierung“ sozialwirtschaftlicher Dienste in der Lage sein. Auf Grundlage der heute überschießenden materialen Produktivität und unter Mobilisierung auch noch der sonst brachliegenden Arbeitskraft würden, in der reinen Grundform, die Gemeinschaftsaufgaben über entsprechende Haushalte finanziert und können auf diese Weise unmittelbar kostenfrei, in der Praxis womöglich gegen Gebühren und Beiträge, genutzt oder angeeignet werden.⁸⁰

Der anvisierte Akt der Befreiung erforderte jedenfalls eine Besteuerung der Warenproduktion, um vor allem auch die ökonomische Hardware für den notwendigen Transfer zur anderen Abteilung zu requirieren. Exakt an dieser Stelle erhebt sich aber die große Frage oder der übliche Einwand: Wer soll das bezahlen?⁸¹ Ernsthafte Untersuchungen und auch Freiheitsphantasien, die zunächst richtig darauf verweisen, dass die materiale Produktivität nicht das Problem ist, sind Legion. Dennoch wird heute erklärt, dass die Wert- und Kapitalwirtschaft die Last zusätzlicher Steuern und Sozialabgaben und damit sozialwirtschaftlicher Dienste nicht tragen könnte. Hier scheint eine absolute Schranke oder ein Fundamentalproblem für die angeforderte Emanzipation des Staates und der sozialwirtschaftlichen

⁸⁰ Es geht hier zunächst um eine reine Formanalyse. Beispiele ließen sich aufzeigen oder entwickeln, etwa was den Öffentlichen Nahverkehr, Polikliniken, Kultureinrichtungen oder die Kommunikationsinfrastruktur angeht.

⁸¹ Der schon zitierte Ingo Stützle verweist auf eine – exakt mit der Theorie der Sozialwirtschaft als Systemalternative in den Vordergrund rückende – „Ausweitung der öffentlichen Güter“ als ein in der Tat „radikalreformerisches Projekt“ und wiederholt die entscheidende Frage „Wer soll das wie bezahlen?“, ohne aber dafür eine Lösung anzugeben. Immerhin wird auf die Konsequenz hingewiesen, dass das Ganze Konsequenzen hinsichtlich der Eigentumsordnung und der politischen Herrschaftsverhältnisse nach sich zieht. Sehr viel näher am Kern, mit Untersuchungen zum Bildungs- und Gesundheitssystem werden Fragen einer sozialwirtschaftlichen Transformation aufgegriffen von der AG links-netz: Joachim Hirsch, Heinz Steinert u.a.: Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. AG links-netz, Februar 2010. Die Gedankenrichtung Sozialpolitik ist jedoch viel zu eng und das Ganze so oder so aus den kapitalwirtschaftlichen Steuerquellen mit Umverteilungseffekt finanzieren zu wollen illusorisch.

Dienste aus der Fessel der Kapitalwirtschaft zu bestehen.⁸² Die Erklärung der dennoch gegebenen Möglichkeit ist der Kernpunkt für das Verständnis der Theorie der Sozialwirtschaft und entscheidet in der Sache:

6.3 Das Wertgesetz der sozialwirtschaftlichen Ökonomik

Der „Springpunkt“ in der vorliegenden Angelegenheit ist die Unterscheidung des unterschiedlichen Naturells von industriewirtschaftlicher Warenproduktion und sozialwirtschaftlichen Diensten und die Durchdenkung ihres notwendigen Zusammenhangs: Letztere stellen eine notwendige Voraussetzung oder Existenzbedingung, ökonomisch gesprochen eine *Vorleistung* für die industrielle Warenproduktion dar. Die Sache erscheint vertrackt, insofern die Unternehmen diese als solche, wie überhaupt eine Masse sonstiger nie erfasster gesellschaftlicher Vorgaben und Geschenke, nicht wirklich bezahlen, etwa wenn die Gesellschaft eine urbane Struktur oder gebildete Arbeitskräfte bereitstellt. Vom Standpunkt einer unvoreingenommenen Wertanalyse kann allerdings diagnostiziert werden, dass der Wert dieser Vorleistung als solcher realiter existiert und so einen *in der kapitalwirtschaftlichen Perspektive* unsichtbaren, nicht anerkannten oder besser gesagt nicht praktisch und funktional bestätigten Bestandteil des in der Warenproduktion eingesetzten Kapitals ausmacht.

Eine gewisse Analogie für diese zunächst seltsam anmutende Wertübertragung findet sich in der Marxschen Denkfigur bezüglich der Rolle des konstanten Kapitals, dessen Wert ohne jedes besondere Zutun im Vollzug des Arbeitsprozesses, sozusagen unmerklich, mit auf das Produkt übertragen wird.⁸³ Ein hier vielleicht hilfreiches Denkbild ist das eines Systems kommunizierender Röhren, bei dem der Pegel auf einer Seite steigt, obwohl die Zugabe ganz am anderen Ende erfolgt. Das Ganze, was ich das *Wertgesetz der sozialwirtschaftlichen Reproduktion* nenne, erklärt sich so:

Wenn jetzt, nicht nur wie jetzt schon auf Lohnzahlungen, sondern in größerem Ausmaß auf Sachkapitalanteile Steuern für gesellschaftliche Aufgaben erhoben werden, stellen diese einen Zugriff auf existierende Werte dar, die ohne dies im Kapitalbestand der Wirtschaft unsichtbar blieben. Diese

⁸² Eine „Reichensteuer“, „Vermögenssteuer“ oder überhaupt eine „Umverteilung“ im herkömmlichen Sinn kann das grundsätzliche Problem offenkundig nicht lösen.

⁸³ Der Ausdruck „Arbeitswertlehre“ ist insofern unzureichend und eine Vulgarisierung im Hinblick auf die Marxsche Analytik der Wertformen und des Kapitals.

Sozialwert- oder besser Kapitaltransfersteuer⁸⁴ erhöht die Kosten und den Preisausdruck der Erzeugnisse. Damit erscheint jetzt im Gesamtprodukt der industriellen Warenproduktion, in den erzeugten Produktionsmitteln und Konsumtionsgütern, jetzt auch der für den Unterhalt der sozialwirtschaftlichen Dienste nötige Sach- und Wertanteil in der volkswirtschaftlich benötigten Proportion. Die Staatseinnahmen beziehungsweise die entsprechende Ausgaben von Seiten sozialwirtschaftlicher Dienste, die diesen Sach- und Wertanteil vom Markt holen, sind so eine Bestätigung der vormals nicht offenbaren, immanenten Warenwerte. Die ganze Neuordnung der Verhältnisse bedeutet aber nichts anderes als eine *paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste*, die in der geld-, finanz- und realwirtschaftlich konsequent konfigurierten Wirtschaftsweise keinen Negativposten mehr darstellen.

Wenn die Kapitalwirte aus ihrer Sicht gegen die sozialwirtschaftliche Umdisposition geltend machen würden, dass der Staat bei diesem Verfahren ihnen ein Kapital abzöge, was ihnen als Privatwirtschaftlern gehört, stimmt dies also praktisch-objektiv, auf der Grundlage der bestehenden fortgeschrittenen Verhältnisse nicht. Es wird ihnen überhaupt nichts weggenommen, was ihnen gehört. Im Gegenteil, der private, noch übliche, verborgene Einbehalt der in bestimmter Proportion latent existierenden gesellschaftlichen Werte ist bereits im jetzigen Zustand als rechtswidrig zu betrachten. Er stellt insbesondere eine zwar vom verständlichen Privatinteresse geleitete, aber sozialökonomisch unbegründbare Missachtung der in sozialwirtschaftlichen Diensten tätigen Menschen und ihrer Leistung dar. Tatsächlich sind die Produktionen der sozialwirtschaftlichen Dienste *in gesamtgesellschaftlicher Perspektive* reale Vorleistungen, jetzt Produkte gesellschaftlich anerkannter gleichwertiger Arbeit, die nur nicht die Gestalt von Waren privater Produzenten annehmen, weil sie im Grundsatz staatlich bzw. durch Organe des Gemeinwesens gesellschaftlich finanziert und auch ganz sachgerecht, im Hinblick auf ihre Nützlichkeit und gesellschaftliche Bestimmung, nicht wie Waren gehandelt werden.

Für die Verweigerung der Bezahlung der Transfersteuern, welche sich vor allem auf Macht und Unbewusstsein stützen kann, könnten die Kapitalwirte noch auf die Argumentation verfallen, dass Wirtschaft und Staat ins Wanken kämen: Eine höhere Besteuerung würde die Preise erhöhen, zu

⁸⁴ Der Begriff „Kapitaltransfersteuer“ trifft den Kern und ich verwende ihn in dem beschriebenen spezifischen Sinn, auch wenn er sonst etwa im Zusammenhang der Diskussion über eine Tobin-Tax bzw. eine Finanztransaktionssteuer benutzt wird.

Nachteilen in der Konkurrenz und zum Umsatzeinbruch führen. Damit müssten auch die Steuereinnahmen des Staates wegbrechen und alle leiden: eine Spirale des Grauens, die der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ein teures Thema wäre. Aber auch auf diese so gängige wie stupide liberalistische Denkfigur gibt es eine Antwort: Die neu austarierte Besteuerung von Einkommen und jetzt vor allem auch direkt in Bezug auf Sachkapital, wie bei einer Automatensteuer oder im Zusammenhang einer Wertschöpfungssteuer, veränderte natürlich die Wertzusammensetzung der Waren und erhöht die Preise. Die ausgelöste Umbewertung oder Wertrevolution hätte aber zur Folge, dass die Verwandlung der Staatseinnahmen in eine Nachfrage der sozialwirtschaftlichen Abteilung letztlich zu entsprechendem Absatz und zu betriebs- und volkswirtschaftlich ausgeglichenen Bilanzen führt, also sogar zur Existenzsicherung der industriellen Warenproduktion.

Das vorläufige Ergebnis lautet: Die konsequente Instituierung der beschriebenen Reproduktionsordnung bedeutet die paritätische Inwertsetzung oder Befreiung der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer reprimierten Stellung. Sie integriert die Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste, wesentlich durch die Vermittlung wirtschaftsgesellschaftlicher Organe, im Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Gesamthaushaltung komplementär, paritätisch, bilanziell und nicht zuletzt auf eine volkswirtschaftlich transparente Weise. Diese neue Ordnung verlangt und ermöglicht die Stärkung der staatlichen Hoheit im gesamten Finanz- und Haushaltswesen⁸⁵, vor allem die angemessene finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte, relativ weniger durch Einkommensteuern und stattdessen in erster Linie auf dem Weg der unverkürzten Veranschlagung einer Kapitaltransfersteuer⁸⁶, der die reale Wertschöpfung durch die sozialwirtschaftlichen Dienste entspricht. Mit der konsequenten Erhebung der Sozialquote wird die bisherige Form der Staatsverschuldung überflüssig, hinter der

⁸⁵ In der entwickelten Sichtweise sind das Bank-, Finanz- und Versicherungswesen zentral vermittelnde Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft und können insofern sinnvoll nur in der Form besonderer sozialwirtschaftlicher Dienste bzw. Organe instituiert werden, also jedenfalls nicht markt- und kapitalförmig. Die jetzige abgehobene Notenbankverfassung markiert in dieser Sphäre einen Gipfel liberalistischer Erfindungskraft.

⁸⁶ Umgekehrt müssten die auf Einkommen bezogenen Steuern gesenkt werden. Es hätte aber keinen Sinn, an dieser Stelle weiter ins Detail zu gehen: Eine Steuerreform, die in die anvisierte Richtung geht, kann jedenfalls nur zu unkomplizierteren Verhältnissen führen als den heute bestehenden.

nichts anderes als ein theoretisch und praktisch verdeckter privatökonomischer Raubzug gegen das Gemeinwesen steht.

6.4 Ökonomisches Kalkül, Eigentums- und Betriebsverfassung

Nehmen wir einmal an, dass ein Reproduktionszusammenhang auf die beschriebene Weise konfiguriert und ein ökonomisch und sozial-ökologisch stimmiger, nicht mehr von kapitalistischen Konjunkturen und Krisen gebeutelter Wirtschaftskreislauf in Gang gesetzt werden kann. Inwiefern liegt darin eine Entmächtigung der Verwertungsökonomie, ein „Bruch mit dem Profitprinzip“ oder Lösungsansatz im Hinblick auf die nicht mehr zu übersehende Problematik kapitalwirtschaftlichen „Wachstums“? Die Frage verweist auf das kardinale Problem einer alternativen Wirtschaftsweise: Wie sehen die Prozessstrukturen aus, die objektiv-real ein andersartiges ökonomisches Kalkül, eine andere Wirtschaftsrechnung in Kraft setzen? Alle Vorschläge über wünschenswerte Umwälzungen hinsichtlich der Eigentumsfrage, einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise und Wirtschaftsdemokratie, auch für eine Postwachstumsgesellschaft führen letztlich auf diese Grundfrage zurück:

In der neuen Reproduktionsfigur tritt, durch die paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste, an die Stelle eines strukturell antagonistischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und der Übermacht der Kapitaleite ein komplementäres Verhältnis von zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit mit einer Reihe zentraler Institutionen, das heißt wirtschaftsdemokratischen Organen, als Prozessvermittler in gesellschaftlicher Verantwortung.

Im paritätischen und gesellschaftlich regulierbaren Grundverhältnis zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit ist aber die Verwertungsökonomie ausgehebelt: Wollte die eine Seite in alter Manier einen Aufschlag auf die Kosten kalkulieren oder einfordern, würde ihr das von der anderen Seite im Gegenzug verrechnet. Die neue Ordnung impliziert eine Wirtschaftsrechnung mit ausgeglichener Bilanzierung, wobei sich die Mehrwert- in eine Ersparnis-kalkulation verwandelt. Für diesen Kernpunkt des Wandels gibt es eine Analogie in der Marxschen Analyse, dass nämlich der Mehrwert nicht aus einem Austausch zwischen den Kapitalwirten entstehen kann. Im Verkehr zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit können oder sollen vielleicht sogar, aber müssen nicht unbedingt und überall Überschüsse hervorgehen, die sich jetzt als eine *disponible gesellschaftliche Ersparnis* rechnen.

Das damit nur angerissene Problemgebiet einer einzelbetrieblichen Rechnungslegung, Investitions- und Wirtschaftlichkeitsrechnung, Vergütung und Motivierung erforderte erheblich tiefergehende Untersuchungen und Diskussionen. Wie würden sich die Verfahren einer integrierten Wirtschaftlichkeits- und volkswirtschaftlichen Gesamtwirtschaftsrechnung gestalten? Entscheidend ist allemal, ob ein in der Grundstimmung andersartiges, haushälterisches ökonomisches Kalkül zur Geltung kommt. Wenn über die bestehenden und reproduzierten Fonds hinaus Überschüsse erzielt werden, die eine gesellschaftliche Ersparnis repräsentieren, sei es etwa durch sparsamen Umgang mit Ressourcen oder eine produktivere Organisation der Abläufe, kann damit auf betrieblicher Ebene Leistung prämiert oder können gesellschaftliche Entwicklungsaufgaben finanziert werden.

Erst auf dieser nicht mehr antagonistischen Grundlage kann ökonomische Ersparnis auch ohne Friktionen in eine gesellschaftliche Einsparung von Arbeitszeit umgesetzt und als allgemeine Arbeitszeitverkürzung realisiert werden.⁸⁷ An dieser Stelle kann an die Marxsche Idee einer „Ökonomie der Zeit“ erinnert werden: „Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf“. Eine sozialwirtschaftliche Mess- und Zielgröße wäre demnach die Ersparnis von Zeit für notgedrungene Arbeiten und die Freisetzung kreativer Arbeits- und disponibler Lebenszeit.⁸⁸

Mit dem ökonomischen Kalkül müssen sich auch die anderen Wertcharaktere ändern. Wie sich, bei gleich aussehender Arithmetik, der Mehrwert oder Profit in eine Ersparnis verwandelt, so verändern sich auch die Charaktere des fixen bzw. konstanten und des variablen Kapitals: Die Fixierung auf eine nominelle Werterhaltung ist ein Problem von Kapitaleignern oder Zinssaugern und überhaupt eine kapitalwirtschaftliche Krankheit. Nun würde das fixe oder sogenannte *konstante* Kapital nach Maßgabe des gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts immer wieder abgewertet werden: Es ist dann praktisch-objektiv weniger wert, und eine realistische Wirtschaftsrechnung und gesellschaftliche Buchführung kann dem endlich Rechnung tragen müssen. Oder wie verändert sich der Wertcharakter des *variablen Kapitals*? Es ist nicht mehr die Quelle eines *Mehrwerts*, sondern ein *Agens*

⁸⁷ Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42, S. 89.

⁸⁸ An diesem Punkt sehe ich den gewählten Forschungsansatz bestätigt. Was sonst schon zum Thema Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit oder Wiederaneignung der Zeit überlegt wurde, hat ohne alternative Reproduktionsordnung keinen Halt. Vgl. dazu Gorz, Andre: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

für die Vernunft und Effektivität des Wirtschaftens. Im Zuge der effektiven gesellschaftlichen Integration der beiden Reproduktionsabteilungen entspricht der unmittelbare Lohn auch nur teilweise den Erhaltungs- und Entwicklungskosten der Arbeitskraft. Die Produktionen oder Leistungen sozialwirtschaftlicher Dienste, der andere Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, werden im Prinzip unentgeltlich angeeignet und bedeuten soziale Sicherheit. Nennen wir also das ehemals variable Kapital jetzt probalber *kreatives Kapital*, die sachlichen Produktionsmittel dagegen *instrumentelles Kapital* und gehen davon aus, dass es per Saldo auch disponible Ersparnisse oder einen wünschenswerten *Spar- oder Dispowert* gibt.

Es liegt nicht im Interesse der vorliegenden Ausarbeitung, in solchen Aspekten, die eine erhebliche weitere Klärung und Diskussion erforderten, weiter in Details zu gehen. Lediglich der Aspekt einer durchgängigen Formbestimmtheit ökonomischer Charaktere, ohne den man in der Wirtschaftswissenschaft buchstäblich nichts versteht, sollte auf anregende Weise angerissen werden. Eine andere Frage kann aber nicht unbehandelt bleiben: die Eigentumsfrage und damit zusammenhängend auch die Frage der Betriebsverfassung.

Infolge der gesellschaftlich finanzierten Sachkapitalausstattung im Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste handelt es sich hier von vornherein um Gemeineigentum, das aufgrund einer gesellschaftlich zu entscheidenden Betriebsverfassung fungieren kann. Im warenproduzierenden Bereich ist von vornherein klar, dass aufgrund der sozialwirtschaftlichen Vorleistung eine entsprechende Quote des Sachkapitals als gesellschaftliches Eigentum reklamiert werden müsste, wobei diese Quotierung eigentlich künstlich erscheint: Im Grunde bedeutet die vorliegende Gestalt einer durchsichtigen, kooperativen Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit deren vergesellschafteten Charakter⁸⁹ und damit auch die praktisch-funktionelle, reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese gibt der Gesellschaft das Recht und die Möglichkeit einer wie auch immer gearteten und gewünschten Instituierung ihrer Kooperativen.

Die neuen praktisch-objektiven Wertbildungs- und Aneignungsverhältnisse konstituieren daher ein Recht auf gesellschaftliche Eigentumsformen bezüglich der Produktionsmittel sowie auf eine Betriebsverfassung, welche Mitverwaltung und Mitbestimmung durch die Beschäftigten einschließt,

⁸⁹ Dieser gesellschaftliche Charakter ist nicht durch Warenaustausch, sondern durch die Kooperationsbeziehung zwischen den beiden Reproduktionsabteilungen gegeben. Zur Problematik siehe Marx, Karl: Grundrisse, S. 104 f.

aber auch gesellschaftliche Kontrolle auf Betriebsebene. Dem angemessen wäre beispielsweise eine gemeinnützig-genossenschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Betriebs- und Unternehmensverfassung in Verbindung mit wirtschaftsdemokratischen Organbildungen. Auf überbetrieblicher Ebene gäbe es etwa kommunale, sektorale und regionalen Ratsinstanzen und selbst ins Betriebsgeschehen hinein reichten Institute der Gewerbe-, Gesundheits-, Produktions- und Rechnungskontrolle.

6.5 Eine gemischte Wirtschaft als Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion

Die vorstehenden Überlegungen galten der Konfiguration einer Sozialwirtschaft, die aus kapitalwirtschaftlichen Fesseln entbunden werden könnte. Darin scheint die Möglichkeit auf, jene immer wieder beklagte „Entbettung“⁹⁰ der Ökonomie aus dem gesellschaftlichen und politischen Kontext aufzuheben. War die Untersuchung dazu bisher eher kreislauf- und formanalytisch angelegt, so muss diese zunächst notwendige methodische Abstraktion schließlich zurückgenommen werden. Die Wirtschaft der Zukunft entpuppt sich dadurch insgesamt als eine *formationell umgestimmte, gemischte Ökonomie*, der eine veränderte *Wirtschaftsverfassung* entspricht:

Ein Ensemble wirtschaftsdemokratischer Organe⁹¹ auf allen Ebenen⁹², gesellschaftsgeschichtlich höher entwickelte, den realen Verhältnissen praktisch-objektiv entsprechende Eigentumsverhältnisse, ein an entscheidenden

⁹⁰ Vgl. Polanyi, Karl: The Great Transformation. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1978. Elmar Altvater kommt darauf zurück in: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Westfälisches Dampfboot, Münster 2005.

⁹¹ Die fortgeschrittenen Denkansätze einer Wirtschaftsdemokratie auf Mikro-, Meso- und Makroebene, die etwa Fritz Vilmar resümierte, sollten in diesem Konzept aufgehoben sein, im formationell umgestimmten sozialwirtschaftlichen Zusammenhang allerdings in entsprechend verwandelter Form. Man kann das Kapital nicht durch Mitbestimmung oder Mitarbeitergesellschaften neutralisieren, sondern die Verwertungsökonomie muss als ökonomische Form und Funktion der zugrunde liegenden Reproduktionsordnung aufgehoben, folglich eine andere Ordnung mit inhärent anderen Wertverhältnissen und Wirtschaftsrechnungen instituiert werden.

⁹² Die regionale Ebene wäre gesondert zu betrachten. Hier geht es etwa um die gegenwärtig eher ökonomisch definierten Industrie- oder Metropolregionen und speziell in Deutschland die merkwürdige Konstruktion von Bundesländern, die teilweise sogar als sogenannte ‚Freistaaten‘ operieren.

Punkten renoviertes Steuersystem und öffentlich bestimmte und kontrollierte Haushalte. Genossenschaftlich-gemeinnützige Betriebe, deren Aktivitäten im warenproduzierenden Sektor durch Märkte vermittelt sind. Öffentlich verantwortliche Betriebe im Bereich der sozialwirtschaftlichen Dienste, die im Grundansatz gesellschaftlich finanziert werden und deren Leistungen allen, teils gegen Gebühren und Abgaben, zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen noch assoziierte Bereiche wie persönliche Dienstleistungen oder mit privatwirtschaftlichen Betriebsformen, wo dies sinnvoll ist.

Das bedeutet, dass es auch im neuen, wirtschaftsdemokratisch moderierten Wirtschaftsleben Marktverhältnisse gibt: Waren und Werte weisen im Zusammenhang der Kapitalwirtschaft einen spezifisch historischen Charakter auf, was aber nicht heißt, dass nicht auch entsprechende Formbildungen in Vergangenheit existierten und in Zukunft fungieren können.⁹³ Unabdingbar für eine funktionsfähige Symbiose von Marktbeziehungen und gesellschaftlichen Dispositionen erscheint dagegen die Aufhebung der Funktionalität und der manisch-euphorischen Orientierung entsprechend der Verwertungsökonomie.

Eine entscheidende Rolle spielt ferner die Erweiterung der finanziellen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten des aktiven Wirtschafts- und Sozialstaats. Diese kann mit der gebotenen Entfaltung seiner Organe einhergehen, das heißt den Institutionen einer demokratischen Selbstorganisation auf allen Ebenen, in allen Bereichen und für verschiedenste Aufgabenstellungen, bis in die Betriebe hinein. Diese Organe einer realen und partizipativen Demokratie können in einer gesamtgesellschaftlich abgestimmten Weise mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Im Zusammenhang der somit handlungsfähigen Organe kommt schließlich der kommunalen Ebene eine geschichtlich neue, herausragende Rolle zu: Die gleichen wirtschaftsgeschichtlichen Prozesse, welche im Gefolge der Industrialisierung die Ausfaltung der sozialwirtschaftlichen Dienste be-

⁹³ Marx beispielsweise: „Der Wert der Ware (ist) so nur eine bestimmte historische Form von etwas, was in allen Gesellschaftsformen existiert“ oder „Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit wesentlicher denn je wird.“ Vgl. Das Kapital, Dritter Band, S.859. Im kapitalwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang selbst entspringt das Übel nicht daraus, dass es Waren und Werte gibt, so eine sektiererische These, sondern aus der Instituierung des Kapitals als selbstbezüglich prozessierender abstrakter Wert.

dingten, haben die kommunal verwaltete urbane Praxis, ohnehin primärer Lebensraum ‚von der Wiege bis zur Bahre‘, als spezifischen Grundzusammenhang des gesellschaftlichen Lebens konstituiert. Es ist der Ort des von Henri Lefebvre⁹⁴ marxistisch entdeckten und ergründeten „Alltagslebens in der modernen Welt“. Hier bilden die konzentrierte materielle Versorgung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse, die organische Kombination sozialwirtschaftlicher Dienste und die potentiell unmittelbarste demokratische Partizipation ein basales, synergetisches Ensemble gesellschaftlicher Praxis.

6.6 Beschäftigung, soziale Sicherheit und Emanzipation gesellschaftlicher Bedürfnisse

Die paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste und Inkraftsetzung einer stimmigen und transparenten Reproduktionsordnung bringt mit sich, dass nun jede Art gesellschaftlich notwendiger, als nützlich oder sinnvoll erkannter und bestätigter Tätigkeit zu gleicher Wertgeltung und Verwirklichung kommen kann. In Verbindung mit den Dispositionsmöglichkeiten der wirtschaftsgesellschaftlichen Organe kann nunmehr jegliche Tätigkeit, *auch im warenproduzierenden Bereich*, in der *sozialwirtschaftlichen Form* instituiert werden, soweit das allgemeine Produktivitätsniveau es erlaubt.

Was man „Befreiung der Arbeit“ genannt hat, hieße dann also nicht einfach nur Freizeit und Ruhestand und schon gar nicht schlechthin Abschaffung von Arbeit, sondern zunächst eine Freisetzung von Arbeit in der spezifisch sozialwirtschaftlichen Form, als Dienstleistung am Gemeinwesen, individuell zunehmend als Lebensäußerung im Sinne von „Selbstverwirklichung, Vergegenständlichung des Subjekts“.⁹⁵ Das sozialwirtschaftliche Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit ermöglichte damit die Verwirklichung eines *Rechts auf Arbeit* und zugleich einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitszeit als Grundlage persönlicher Freiheit, gesellschaftlicher Partizipation und überhaupt der persönlichen Entfaltung des „reichen all- und tiefsinnigen Menschen“, von „universellen“ gesellschaftlichen

⁹⁴ Zur Einführung empfehle ich Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1972. Siehe weiterhin die Beiträge von Fernand Guelf und Rainer Fischbach im vorliegenden Sammelband und <http://www.praxisphilosophie.de/lefebvre.htm>

⁹⁵ Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 512. Das Wesentliche zur „Schöpfung von viel disposable time“ siehe MEW 42, 603 f.

Individuen.⁹⁶ Was mit der einmal erkämpften „disposable time“ anzufangen⁹⁷ ist, werden diese selbst herausfinden.

Die skizzierte *Zukunft der Arbeit* bedeutet soziale Sicherheit, jetzt wesentlich auch aufgrund der allgemein verfügbaren sozialwirtschaftlichen Leistungen und Angebote z.B. auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, Mobilität, Pflege. Das neue Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit und das Recht auf Arbeit und Einkommen bilden zugleich die reelle Grundlage für die Verwirklichung persönlicher sowie gesellschaftlich garantierter Solidarität jenseits des bestehenden, unwürdigen Systems von Arbeitslosen- und Behindertenhilfen, Armenspeisungen und Sozialsponsoring mit Markenlogo.

Die ganze Lebensführung kann sich nach der Umstimmung des Wirtschaftslebens ändern, indem die gestaltete Produkt- und Lebenswelt nicht mehr den Imperativen und Überformungen durch das Verwertungskalkül unterliegt. Dieses bedingt geplanten Verschleiß, künstlichen Modewechsel, technologische Hypertrophie, sinnlose Produktvarianten, konsumistische Indoktrination, ökologische Belastungen. Die jetzige Gehirnwäsche durch tägliche Börsennachrichten wäre dann nur noch eine Reminiszenz kapitalwirtschaftlichen Schwachsinn. Der veränderten Lebenswelt und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechen auf der anderen Seite ebenso veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse. Eine andere Grundstimmung im Haushalten, Verbrauch und in der Gestaltung des Alltags, der Interessenbetätigung und Freizeitgestaltung kann die Entfaltung emanzipierter Bedürfnisse fördern. Dem entgegen stehen der überwältigende Produktivismus, die Sachzwänge und Suggestionen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise und suchen den Sinn für ein mögliches anderes Leben und Arbeiten, für eine andersartige „Assoziation“ gesellschaftlicher Individuen und für eine höhere Zivilisation auszulöschen.⁹⁸

⁹⁶ Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. MEW Ebd. 1, S. 539, 544; Ders., Grundrisse. MEW 42, S. 447.

⁹⁷ In Kontroversen über Studierzeiten, Arbeitszeitordnungen oder das Renteneintrittsalter geht es natürlich auch immer um eine Auseinandersetzung über die gesellschaftlich oder individuell verfügbare Zeit, aber eben unter den noch dominierenden antagonistischen Verhältnissen und noch ohne ein deutlicheres Bewusstsein von Transformationsperspektiven.

⁹⁸ Siehe Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Herbert Marcuse Schriften Bd. 7. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1989.

6.7 Sozialwirtschaft, Nationalökonomie und Weltwirtschaft

Die Frage nach der Rolle und der Zukunft des Nationalökonomischen im global vernetzten Wirtschaftsleben erfordert einen Konkretionsschritt des Denkens, der in eine schwierige, sehr umstrittene Problemdimension führt. Dennoch kann zumindest ein Leitgedanke formuliert werden, der den provozierenden Kontrapunkt zum kapitalwirtschaftlichen Globalismus setzt: Die veränderte Konstellation des Wirtschaftslebens ermöglicht eine Grundorientierung auf die Konsolidierung der sozialwirtschaftlich kombinierten Reproduktionsbereiche und ermöglicht eine Gestaltung politisch-ökonomischer Beziehungen ohne waren- und kapitalwirtschaftliche Wachstums- und Expansionszwänge.

Aus der Sicht einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung sind der gegenwärtig wirksame Export- und Expansionstrieb und deren Pendant, eine liberalistische Offenmarktpolitik und Weltwirtschaftsordnung, eine Zwangsveranstaltung und Entwicklungsfall. Diese Praxis führt zu innerlich inadäquaten, disproportionalen Entwicklungen der eigenen und der anderen Volkswirtschaften, zur permanenten internationalen Ungleichgewichten zwischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und Defiziten sowie zu extremen Polarisierungen, wie sie sich etwa im Begriff des „globalen Südens“ ausdrücken - der kapitalwirtschaftliche Progress geht mit unverhältnismäßigen Deformationen, Opfern und Verwüstungen einher. Die Kapitalwirtschaft, die sich im Zuge der Globalisierung ihres operativen Feldes transnational zu organisieren und der gesellschaftlichen Verankerung und Verantwortung zu entziehen sucht, verwandelt die Gesellschaften mehr oder weniger in Werkbänke für globale Abenteuer, in Stützpunkte für die Austragung ihrer internationalen Konkurrenz.

Hinter dem verkehrten Internationalismus der kapitalwirtschaftlichen Entwicklung und Entwicklungspolitik verbirgt sich eine Produktivkraftexplosion, die sich nach außen Luft verschafft, weil sonst im Innern eine Implosion des ganzen Systems unausweichlich wäre: Die von dieser Ökonomie entbundenen und von ihr zugleich gebundenen produktiven Kräfte, denen sowohl beispiellose technologisch-ökonomische und zivilisatorische Entwicklungen wie wirkmächtige Kräfte der Selbsterstörung zu verdanken sind, sind am Ende prädestiniert, von einem „general intellect“⁹⁹ antatt von Schatzjägern gemanaged und von Geistern der Allmachbarkeit inspiriert zu werden. Sie reichten *an sich* längst aus, um etwa statt einer überschießenden

⁹⁹ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 602

Warenproduktion und globaler Investitionsabenteurer die sozialzivilisatorischen Angebote auszuweiten, die Arbeitszeit allgemein zu reduzieren und friedlichen internationalen Austausch und Partnerschaften zu pflegen: Ein gutes Jahrhundert liberalistischer Gehirnwäsche und eine mit reichlich Zuckerbroten und gelegentlichen Peitschenhieben habitualisierte Praxis haben dazu geführt, dass einfachste Vernunftgedanken aus dem wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs eliminiert wurden.

Eine Wirtschaftspolitik auf der neuen Grundlage setzte auf das neue Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit auf und zielt dem Grundtenor nach auf die Konsolidierung eines stimmigen Reproduktionszusammenhangs der gegebenen Wirtschaftsgesellschaft. Die nötige Wiedergewinnung außenwirtschaftlicher Kontrolle und Herstellung einer neuen außenwirtschaftlichen Balance wird nun dadurch unterstützt, dass es auf Basis einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung, einer proportionalen oder organischen Entwicklung im Innern, keine dem Verwertungszwang geschuldete Notwendigkeit für die Betriebe gibt, den Warenexport oder Auslandsinvestitionen in dem jetzigen volkswirtschaftlich disproportionalen und langfristig äußerst risikoreichen Maß zu forcieren.¹⁰⁰

Diese Konzeption einer Konsolidierung der wirtschaftsgesellschaftlichen und verfassungsmäßigen, nationalstaatlichen Souveränität auf der neuen Grundlage hat nichts mit einem Nationalismus zu tun, der Ideen und Gefühle verkehrt und missbraucht, auch nicht mit einem Autarkiebestreben im Sinne der gängigen Wirtschaftslehren: Der Primat einer sozialwirtschaftlichen Selbstorganisation steht weder der Pflege jeglicher Wirtschaftsbeziehungen noch einem freundschaftlichen Miteinander in partnerschaftlich erweiterten Wirtschaftsräumen entgegen, dagegen sehr wohl den Praktiken der Verwertungskonkurrenz und des kapitalwirtschaftlichen, allzu oft imperialen Internationalismus. In diesem Sinne wäre ein entsprechend konzentriertes Europa die Alternative zu dem jetzigen Europaprojekt, das seine ganz überwiegend bürokratisch-kapitalwirtschaftliche Formatierung und entsprechend aufgeladene inner- und zwischenstaatliche Widersprüchlich-

¹⁰⁰ Als einen immer noch wertvollen Ansatz für weitergehende Diskussionen möchte ich an das sogenannte AWWO-Paper erinnern: Attac Deutschland (Hg.): Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO). Verabschiedet vom Attac-Ratschlag in Oktober 2004. Als Onlinetext bei [praxisphilosophie.de](http://www.praxisphilosophie.de) <http://www.praxisphilosophie.de/attacwwo.pdf>

keit, seine wirtschaftsliberale, demokratiefeindliche, unsoziale und militaristisch-imperiale Schlagseite kaum noch kaschieren kann.¹⁰¹

7. Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation

7.1 Ein möglicher Richtungswechsel in der eröffneten Periode

Worauf läuft das nun alles praktisch hinaus, nachdem sich eine widersprüchliche, krisengeschüttelte, aber positiv latenzhaltige Übergangssituation abzeichnet, in der die Option für eine gesellschaftliche Transformation möglich und realistisch scheint?

Bei allen hier notgedrungen nur thesenhaft behandelten Aspekten und Beispielen, die für einen sozialwirtschaftlichen Richtungswechsel stehen könnten, ist zunächst zu bedenken: Die Aufgaben der Geburtshilfe für das aus der Latenz andrängende Produktivkraftensemble sind, entsprechend den wirtschaftsgeschichtlichen und weltstheoretischen Vorüberlegungen¹⁰², nicht nur auf wenige Legislaturperioden zu veranschlagen, sondern zunächst mindestens auf ein Vierteljahrhundert oder länger. In der Folge mögen sich, gestützt auf weiter ausgefaltete sozialwirtschaftliche Potentiale, genährt durch zugespitzte Problemlagen, die Auseinandersetzungen der kontradiktorischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte um die hegemoniale Positionierung¹⁰³ einem Umschlagspunkt annähern oder in neue Phasen eintreten.

¹⁰¹ Für die unumgängliche Auseinandersetzung mit Europaeuphorikern und bedingungslosen Internationalisten empfehle ich Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.

¹⁰² Immanuel Wallerstein geht davon aus, dass die Übergangsperiode, in der die Auseinandersetzung über die Zukunft geführt und entschieden wird, jedenfalls mehrere Jahrzehnte und vielleicht bis zu 50 Jahren umfassen wird. Siehe dazu Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010.

¹⁰³ Der transformationstheoretische Ansatz aktualisiert auf seine Weise erneut das auf Gramsci zurückverweisende Konzept eines Ringens um Hegemonie. Ich verweise zur Einführung gerne auf Annegret Kramer: ‚Gramscis Interpretation des Marxismus‘, man müsste den Titel ergänzen: ‚als Philosophie der Praxis‘. Siehe S. 65-118 in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1975. Ganz aktuell: Walter Baier, Die Transformation. Erinnerung an Überlegungen von Antonio Gramsci und Karl Polanyi. Neues Deutschland / Inland, am 28.06.2010.

Im Ausblick erscheint es angebracht, nur noch eine kurze Zusammenfassung der Zielperspektive voranzustellen und dann einige Ansatzpunkte zu benennen, welche zur Orientierung der rührigen Initiativen im Horizont einer transformatorischen Praxis und Politik beitragen können sowie die weitergehende Diskussion und vor allem künftige Forschungsanstrengungen anregen sollen. Das programmatische Konzentrat sollte verständlich sein, insofern dabei Grundgedanken aus den vorhergehenden Analysen erneut aufgegriffen werden oder darauf zurückverwiesen wird.

7.2 Die Zielperspektive einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozial-ökonomischer Grundlage

Der hier entwickelte grundlegende Gedanke besagt, dass die hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaften als Übergangsgesellschaften begriffen werden können, in denen die Theorie sowohl wie die Praxis einer sozialwirtschaftlichen Transformation eine materielle Basis hat und auf praxisformative Kräfte verweisen kann. Dabei geht es nicht um einen einmaligen kolossalen Bruch, sondern darum, in einer real unausgemachten, chaotischen, aber positiv latenzhaltigen Situation, angesichts äußerster Gefährdungen, Geburtshilfe für eine fortgeschrittene Gestalt des Wirtschafts- und ein lebenswerteres Gesellschaftsleben zu leisten. In der heute vorgegebenen globalen Gleichzeitigkeit könnte im Grunde jedes Land nach seinen Bedingungen den Richtungswechsel angehen, indem sich hier ein wirtschafts- und sozialinformatisch transparentes, in gesellschaftlicher Selbstkontrolle operables und effektives politisch-ökonomisches Systemkonzept anbietet.

Sozialwirtschaft als Systemalternative beruht auf einer formationellen Umstimmung der bestehenden Reproduktionsverhältnisse mit Konsequenzen, die über die immer neu ins Spiel gebrachten Ansätze zu einer Alternativen Wirtschaftspolitik oder bloßen Reformation der sozialkapitalistischen Grundfiguration hinausgehen. Sie verläuft sich dergestalt weder in eine Kommandowirtschaft noch einen Marktsozialismus, in keinen Ökosozialismus oder gar in einen grün-alternativ verblendeten Ökoliberalismus. Eine Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation stellte den Antagonisten zur krisenhaft weitertreibenden liberalistisch-demokratischen Formierung dar. Ihre Ziel, eine konkrete Form des Gemeinwesens, kann als *demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage* bezeichnet werden. Diese stellt ein gemischt erscheinendes, sozial-ökonomisches Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, Reproduktion und Praxis dar. Infolge der Neutralisierung des Verwertungszwangs, auf Grundlage einer transparenten, stimmigen Wirtschaftsin-

formatik und Wirtschaftsrechnung, können wirtschaftsdemokratische Verfahren und Organe eine informierte, abgestimmte, planvolle ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in Gang halten.¹⁰⁴ In diesem Sinne versteht sich Sozialwirtschaft als Grundlage einer zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftlichkeit, auch als Ermöglichungsbedingung menschengemäßer Naturverhältnisse, einer „Allianztechnik“¹⁰⁵, sowie künftiger Partnerschaft und Brüderlichkeit der Nationen.¹⁰⁶

7.3 Wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliches Bewusstsein

Die vorgestellte, wie überhaupt jede ernst zu nehmende Alternativkonzeption, kann nur in einer kollektiven Anstrengung wissenschaftlich entwickelt werden und so als ganzheitliches Konzept Vertrauen gewinnen. Die unhintergehbare Anforderung an jedes entsprechende Konzept ist eine geschichtsmaterialistisch und methodisch ausgewiesene, mit der Marxschen Kapitalanalyse korrespondierende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalytik und ein Entwurf, der eine produktive, sich aneinander berichtigende Auseinandersetzung mit den zahlreichen historisch schon vorgetragenen und aktuell neu entwickelten Ideen ermöglicht.¹⁰⁷ Ein solcher, unvermeidlich und erheblich strittiger Klärungsprozess kann zur Entwicklung eines

¹⁰⁴ Für die hier weiter notwendige Vertiefung möchte ich auf Ausführungen rund um das Thema „Wirtschaftsplanung und radikaldemokratische Verfassung“ an anderer Stelle verweisen. Müller, Horst: Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in Ders. (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.

¹⁰⁵ Allianztechnik wird hier im Sinne von Ernst Bloch verstanden. Die Quintessenz siehe Ders., Experimentum Mundi. Gesamtausgabe Bd. 15, S. 251 f.

¹⁰⁶ Zur Nation-Frage verweise ich auf Michael Löwy, „Die Nationale Frage und die Klassiker des Marxismus“, S. 102-126 in: Tom Nairn / Eric Hobsbawm / Régis Debray / Michale Löwy (Hg.), Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte, Rotbuch Verlag, Berlin 1978. Ferner auf die ins Rote treffenden Erläuterungen zu „Die Linke und die Nation“, S. 85 ff. in: Domenico Losurdo, Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Kai Homilius Verlag, Berlin 2010.

¹⁰⁷ Ich sehe darin eine Antwort auf die Frage „Welches Wissen gegen die Krise?“, die der BEIGEWUM-Beirat im November 2010 „in einer Bilanzdiskussion mit Perspektive“ nach 25 Jahren seiner Kritik, Gegenexpertise und Alternativendiskussion stellt.

klarerer Bewusstseins der in Vollzug gesetzten gesellschaftlichen und politischen Praxis und zur Orientierung in ihr beitragen.

Diese Bewusstseinsbildung, ebenso ein Umbildungsprozess im medial vielfach geblendeten alltäglichen Bewusstsein, ist wesentlich mit der Grundansicht verknüpft, dass die gegenwärtigen Krisen den Eintritt in eine Übergangsepoche signalisieren, dass die eigene Gesellschaft den definitiven Charakter einer Übergangsgesellschaft aufweist und dass eine noch mehr oder weniger latente, aber bereits andrängende und konkreter fassbare Alternative vorhanden ist.¹⁰⁸ Von diesem positiven Grundgedanken ist man gegenwärtig weit entfernt: Zunächst verschiebt sich das Gewicht der intellektuellen Bemühungen noch ohne rechten Halt von Problemanalysen zur Ideensammlung für eine bessere Zukunft. In den anschwellenden Bürger-, Sozial- und Alternativbewegungen sind heterogene Motive wirksam und gehen eher diffuse Gedanken um, dass es so nicht weiter gehen kann und soll.

Positive, konkretere und aktivierende Gedanken sind nach dem Zusammenbruch der großen, vorfristigen Hoffnungen des 20. Jahrhunderts und einem anschließenden Vierteljahrhundert liberalistischer Kopfwäsche von elementarer Bedeutung: Die immer neu angestrengte Sozial- und Systemkritik des Bestehenden kann die Nebelbänke, welche die Aussicht auf eine andere und bessere Zukunft verstellen, allein nie vertreiben. Für diese Aktivierung ist auch die vielfältig keimende Entwicklung einer „neuen Sensibilität“¹⁰⁹ und davon durchdrungenen progressiven Kultur von Bedeutung. Diese reagieren auf die alltäglichen Grundverkehrungen der Praxis und tragen zur Entfaltung eines erweiterten Bewusstseins und einer höheren Zivilisation bei.

7.4 Sozialstaat und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste

Das werdende Positivum kündigt sich zunächst am deutlichsten in der gewandelten Rolle von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten an, und die anvisierte Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste stützt sich maßgeblich auf Dispositionen und Transferleistungen gesellschaftlicher

¹⁰⁸ Die Wandparole an der Sorbonne, im Mai 1968, „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ bekommt mit dem Latenz-Begriff einen überraschenden neuen Sinn.

¹⁰⁹ Siehe Marcuse, Herbert: Versuch über die Befreiung. Herbert Marcuse Schriften Bd. 8, S. 237-317.

Organe. Es kann daher nicht um eine Rückbildung des Staates gehen, sondern liberalistischen Tendenzen entgegen um seine Ausfaltung, von der kommunalen und regionalen bis zur gesamtgesellschaftlichen Ebene, als erweitertes Ensemble partizipatorischer und demokratischer, handlungs- und interventionsfähiger Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Mit Blick darauf kann in jeder Hinsicht entschieden auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste hingewirkt werden, das heißt auf eine praktische Bestätigung ihrer wahren Bedeutung durch sozialstaatliche Finanzierung, Förderung und Regieleistung, durch das Hinwirken auf eine völlig paritätische ökonomische Stellung der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen, Kulturinstitutionen und öffentlichen Diensten, durch eine dem realen Charakter und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Ausstattung, gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Instituierung und tendenzielle Verstärkung ihres gesamtökonomischen Gewichtes. All dies kann schon jetzt in den Tarifauseinandersetzungen und vielen akuten Kontroversen geltend gemacht werden. Der Gewerkschaftspolitik und der gesellschaftspolitischen Positionierung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kommt in diesem Zusammenhang und in Verbindung mit Initiativen und Protesten aus der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu: Die ver.di-Fachbereiche und -Branchen lesen sich wie eine Checkliste sozialwirtschaftlicher Dienste.

Aufgrund der Bedeutung von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten für eine transformatorische Praxis und Politik ist die zentrale Frontlinie der gegenwärtigen Kontroversen um eine bessere Zukunft relativ klar gezeichnet: Durch die vielseitigen Bewegungen gegen die Privatisierung des Öffentlichen, gegen die Tendenz zur privatwirtschaftlichen Ausplünderung und „neoliberalen Umgründung“ des Sozialstaats. Aus dieser Sicht geht es auch in der aktuellen Auseinandersetzung um das Verkehrs- und Städtebauprojekt „Stuttgart 21“ darum, ob weiterhin mit schuldentreibenden, megalomanischen Großprojekten unmittelbare kapitalwirtschaftliche Interessen bedient, oder in sinnvolle gesellschaftliche Infrastrukturen und sozial-kulturelle Dienste investiert werden soll. Damit ist zunächst eine Richtung angegeben, aber entsprechende Kämpfe können auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn nicht zugleich auf grundlegende Reformen des Steuer-, Finanz- und Haushaltswesens des Sozialstaates gedrungen wird.

7.5 Steuerreform, Finanzwesen und gesellschaftliche Buchführung

Die gegenwärtig eskalierende Staatsschuldenproblematik wird zu einer extremen Verschärfung der Lage an der bezeichneten systemischen Bruchlinie führen, insofern die weitergehende Demontage des Sozialstaats und vermehrte kapitalwirtschaftliche Übernahmen aus den verwertbaren Grund- und Restbeständen der öffentlichen und sozialwirtschaftlichen Dienste bevorstehen. Die aktuelle Ankündigung der britischen Regierung, das Land durch drastische Haushaltseinsparungen aus der Schuldenkrise zu führen und dabei innerhalb von etwa 5 Jahren 500 000 Stellen zu streichen, kündigt eine neue Welle reaktionärer Aktivitäten aus kapitalwirtschaftlicher Rat- und Gewissenlosigkeit an.

Im direkten Gegenzug erforderte die Verteidigung und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, so wie letztlich die Instituierung der Sozialwirtschaft als effektive und bedürfnisgerechte Systemalternative, zwingend die Schaffung einer Finanzierungsgrundlage beziehungsweise einen entsprechenden staatlichen Transfer. Die Wert- und Reproduktionsanalyse ergab, dass dieser letztlich nur durch eine neuartige, dem reziproken praktischen Verhältnis der beiden grundlegenden Wirtschaftsabteilungen gemäße, beiderseits existenzsichernde, volkswirtschaftlich proportionale Besteuerung der industriellen Warenproduktion in Anbindung an die werttheoretisch so genannten konstanten Sachkapitalwerte gewonnen werden kann.

Das heißt, dass die für die Arbeit und Ausrüstung der emanzipierenden Abteilung notwendigen Werttransfers *niemals* zureichend aus einer überwiegenden, direkten oder indirekten Besteuerung von kapitalwirtschaftlich residualen Lohn- oder Gewinneinkünften oder mit Hilfe anderer steuerlicher Hebel geschöpft werden können.¹¹⁰ Die provokative These lautete, dass im Grunde darin eine Hauptquelle der unaufhaltsamen Staatsverschuldung liegt. Die den entwickelten realen Wertverhältnissen entsprechende und durchschlagende, effektive Lösung kann nur durch eine direkt auf das marxistisch so genannte konstante Kapital bezogene Kapitaltransfersteuer er-

¹¹⁰ Ein sehr grober und vorläufiger Anhaltspunkt bezüglich der Sachlage liegt in der Schätzung, dass der Anteil der staatlichen Investitionsquote in Deutschland um 1990 ein Drittel und mehr betrug. Vgl. Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Oldenbourg, München 1990, S. 65.

reicht werden.¹¹¹ Das bedeutet auch eine Schranke für jede Alternative Wirtschaftspolitik, die alles in allem auf eine Umverteilung¹¹² noch im Rahmen des herkömmlichen Steuersystems und eine dadurch gestützte, linkskeynesianisch umgepolte Wirtschaftspolitik setzt. Deutlichere transfersteuerliche Momente enthält dagegen bereits die Forderung nach Einführung einer „solidarischen Bürgerversicherung“, die alle Einkommen, also auch die von Selbständigen, Beamten und Spitzenverdienern einbezieht sowie die Arbeitgeberseite beteiligt.

Auf der Oberfläche tritt die Frage einer Kapitaltransfersteuer, also einer – praktisch vielleicht in kleinen Schritten – ausgeweiteten direkten Besteuerung in Anbindung an Sachkapitalwerte zusammen mit einer dadurch möglichen relativen Senkung der einkommensbezogenen Besteuerung, in der fast nicht mehr geführten Diskussion über eine Maschinensteuer oder eine Wertschöpfungssteuer zutage. Beispielsweise sind die in einer Fußnote schon genannten politökonomische Beiträge zur Frage „Mit Steuern steuern“ in diesem Punkt erblindet und überantworten damit einschlägige frühere Beiträge dem Vergessen.¹¹³ Ein anderer einschlägiger Lösungsvorschlag ist die Forderung nach einer künftigen „Internalisierung“ der von den Kapitalwirten nicht wirklich bezahlten gesellschaftlichen Folgekosten. Das mag gesellschaftlich entlastend und partiell steuerungswirksam sein,

¹¹¹ Was ich hier Kapitaltransfersteuer nenne, ist früher als „Maschinen-“ oder „Automatensteuer“ angesprochen worden und ein implizites Element der sogenannten „Wertschöpfungssteuer“, siehe den Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband. Für die weitere Vertiefung und Auseinandersetzung über die Probleme ist eine informative Vorgabe Krätke, Michael: Kritik der öffentlichen Finanzen. S. 119-139 in: Prokla 154 zum Thema „Mit Steuern steuern“, im März 2009.

¹¹² Das von Attac geschnürte „Umverteilungspaket“ soll „zeigen, dass es sehr wohl auch anders geht – vorausgesetzt, der politische Wille ist da“: Die geforderte „Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Modifizierungen bei der Erbschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer, eine umfassende Unternehmensteuerreform sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung“ würde das Staatsschuldenproblem nicht wirklich lösen und für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste nicht ausreichen. Hier fehlt es noch an Bewusstsein für die historisch-systemische Schranke, die durchbrochen werden muss.

¹¹³ Auch im 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE kommt im Abschnitt „Umverteilung und gerechte Steuern“ eine Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer nicht vor. Das Thema soll mit dem Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

überschreitet jedoch ansonsten den Horizont der gegebenen kapital- und staatswirtschaftlichen Ökonomik nicht und zündet keinen Funken für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste. Diese sind nicht wie Folgekosten, sondern insgesamt als nicht unmittelbar bezahlte Vorleistungen zu fassen, deren transfersteuerliches Inkasso naturgemäß und rechtens dem Sozialstaat obliegt.

Die unverzichtbare Forderung nach einer Kapitaltransfersteuer gewinnt ihre eigentliche Durchschlagskraft in Verbindung mit Begründungen, die im Vorhergehenden erläutert wurden. In erster Linie ist die systemisch disparitatische und reprimierte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Regiment des Kapitals zu nennen, die den gesellschaftlichen Fortschritt blockiert. Die Aufdeckung einer praktisch-objektiven Inadäquanz der bestehenden Eigentumsordnung und insbesondere die Aussicht auf eine Systemkorrektur, die das Problem der Staatsverschuldung grundsätzlich angeht, legen eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nahe. In dieses sozialwirtschaftliche Konzept fügen sich auch die gegenwärtigen Forderungen nach einer Neuordnung des Finanz- und Bankwesens ein: Aus der gewonnenen Perspektive stellt dieses im Grunde nichts anderes als eine gesellschaftliche Infrastruktur ganz besonderer Art dar. Es soll und kann infolgedessen so instituiert werden, dass seine verwertungswirtschaftliche Verkleidung und Verkehrung aufgehoben wird und es als sozialwirtschaftlicher Dienst zur Wirtschaftsförderung unter öffentlicher Verantwortung und Kontrolle kommt.

7.6 Sozialwirtschaftliche betriebliche Organisationsformen

Die angestrebte sozialwirtschaftliche Konfigurierung der Reproduktionsverhältnisse, also die entsprechende Umstimmung der betriebs- und gesamtökonomischen Funktionalität, bildet auf längere Sicht die entscheidende Existenzbedingung für neue einzelwirtschaftliche Organisationsformen. Sonst würden diese nicht über das hinauskommen oder das Schicksal erleiden, was von bisherigen genossenschaftlichen Betriebsformen, von der ehemaligen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung oder auch von deutschen Mitbestimmungsmodellen bekannt ist. So sind auch die Projekte einer Solidarischen Ökonomie zunächst noch Insellösungen und vorbereitende Experimente im Meer des kapitalistischen Weltsystems.

Dass die einzelwirtschaftliche Instituiierung im Sinne einer sozialgenossenschaftlichen Eigentums- und Betriebsverfassung den heutigen realen Wertbildungs- und Aneignungsverhältnissen entspricht, ging aus

der Reproduktionsanalyse hervor. Um die Dinge voranzubringen, könnte beispielsweise eine neue sozialwirtschaftlich-gemeinwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Betriebs- und Unternehmensverfassung ausgearbeitet und, wie Aktiengesellschaft, GmbH und Genossenschaft, als Gesellschaftstyp bis auf europäische Ebene institutionalisiert werden. Dieser könnte in künftigen Auseinandersetzungen, ob es sich um Wohnungsbau, Nahverkehr oder Wasserwirtschaft handelt, als Alternative ins Feld geführt werden, best-practice Beispiele abgeben und weitergehend auch im Bereich industrieller Warenproduktion erprobt und eingeführt werden. Eine solche Instituiierung antwortet auf gesellschaftliche Bedürfnisse nach einer besseren sozial-kulturellen und infrastrukturellen Versorgung und nach vermehrten Angeboten in der Produktwelt, die nicht nur ein ökologisches, sondern ein sozialwirtschaftliches Gütesiegel verdienen.

Im Zusammenhang einer umgreifenden Sozialwirtschaft wären die vielfältigen Betriebe weiter mit Märkten verbunden und können sich mit Wett-eifer positionieren. Sie wären aber nicht einer kapitalwirtschaftlichen Verwertungskonkurrenz ausgesetzt, stünden nicht unter dem Zwang zur Akkumulation, Konzentration und Expansion und es gäbe Schutzschilder für Betriebe und Branchen gegen verwertungswirtschaftliche „feindliche Übernahmen“ und gegen Diktate eines verselbständigten Weltmarkts. Märkte blieben also Grundbestandteil eines zukünftigen entspannteren Wirtschaftens, das sich mit den notwendigen gesellschaftlichen Dispositionen und Regulierungen produktiv verbinden lässt.¹¹⁴ Die mit einer sozialwirtschaftlichen Umstellung verbundenen Veränderungen im Wertgefüge wirken darauf hin, dass auch kleine und mittlere Betriebe nicht per se im Nachteil wären, beziehungsweise organisch höher organisierte Großbetriebe nicht von vornherein die wirtschaftlich überlegene Lösung darstellten. So kann man aufhören mit der Vergötzung der Vergrößerung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe und organisatorischer Strukturen. Schließlich kann „Effizienz“ ganz anders, nämlich nach gesellschaftlichen, sozialwirtschaftlichen Maßstäben definiert werden.

¹¹⁴ Eine Vorahnung schwingt mit, wenn Marx 1871 in seiner Schrift zu Pariser Kommune als Grundform einer gesellschaftlich „assozierten Arbeit“ „genossenschaftliche“ Betriebe annahm, welche die „nationale Produktion“ dann „nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen“. Das ist eine utopistische Idee entsprechend den Denkmöglichkeiten in der Zeit des Industriekapitalismus, die man nicht staatsplanwirtschaftlich missinterpretieren muss.

Es versteht sich von selbst, dass mit alldem nur angedeutet sein kann, was das Feld einer neuen Sozial- und Betriebswirtschaftslehre ausmacht und in den gegenwärtigen Ansätzen und Diskussionen über eine „Ökonomie des Gemeinwesens“, „Sozial- und Nonprofitwirtschaft“ oder „Social Economy“ virulent ist. Es gilt insgesamt, auch betriebswirtschaftliche Überlegungen zur „Funktionsweise eines alternativen historischen Systems“ voranzutreiben, das entsteht, wenn der „Primat endloser Kapitalakkumulation eliminiert“ ist.¹¹⁵

7.7 Kommunalverfassung und neue urbane Praxis

Die kommunal verfasste urbane Praxis, das heißt unser modernes Leben in Städten oder urbanen Räumen und unter kommunaler Verwaltung, spielt eine zentrale Rolle als primärer Lebensraum. Sie ist ein Ort demokratischer Selbstorganisation, die in kommunaler Politik und Verwaltung einen Ausdruck findet, ebenso ein Ort vielseitigster zivilgesellschaftlicher Vereinigung im Hinblick auf Interessen der Individuen und praktische Fragen ihres Gemeinwesens.

Sie ist vor allem der konkrete Ort der individuellen, auch familialen Reproduktion, das Medium unserer allseitigen Lebensäußerung als gesellschaftliche Individuen und als solches der maßgebliche Ort der Produktion und Realisierung sozialwirtschaftlicher Dienste.¹¹⁶ Diese umfassen das ganze Spektrum von Geburtskliniken, Kindergärten und Schulen über die Stadtverwaltung, die Ver- und Entsorgung, den Wohnungs- und Städtebau, die Medien- und Kulturlandschaft bis hin zu Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen.

¹¹⁵ Vgl. Wallerstein, Immanuel: Utopistik. S. 80-88. Diese Überlegungen gehen am weitesten im Hinblick auf eine Sozialwirtschaft als Systemalternative. Zur Anregung nur noch zwei interessante Quellen: Das Portal <http://www.socialnet.de/> und Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung. Juventa Verlag, Weilheim und München 2007.

¹¹⁶ „Daher ist das Lokale ein ausgezeichneter Ort, um Infrastruktur für alle zugänglich her- und zur Verfügung zu stellen. Sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit weiß darüber ziemlich viel ... Daher muss das Planen und Betreiben der sozialen Infrastruktur möglichst dezentral, auf lokaler oder regionaler Ebene erfolgen, d.h. da, wo sie bedarfsgerecht und so weit wie möglich selbstverwaltet gestaltet werden kann.“ Vgl. AG links-netz: Joachim Hirsch, Heinz Steinert u.a.: Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. AG links-netz, Februar 2010.

All das legt den Schluss nahe, dass die gegenwärtige kapitalistisch-liberalistische Organisations- und Verfassungswirklichkeit der gesellschaftlichen Realität nicht gemäß ist: Die konkreten lebensbedeutsamen Dispositionen, die produktiven Kräfte und Gestaltungsprozesse und die ursprüngliche gesellschaftliche Selbstorganisation vor Ort sind völlig unangemessen repräsentiert, ermächtigt und ausgestattet. Der kommunalen Ebene werden die von dort praktisch angeforderten ökonomischen und juristischen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten unter kapitalwirtschaftlicher Dominanz und Hegemonie nicht zugebilligt. Diese Konstruktionsmängel reflektieren sich wiederum innerhalb des kommunalen Raums, indem den vorhandenen partizipatorischen Elementen, an den Nahtstellen zwischen legitimierten kommunalen Organen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, deutliche Grenzen gesetzt sind: Die Bewegungen für Bürgerbegehren und Volksentscheide arbeiten sich an diesen Grenzen ab und suchen sie partiell zu überspringen, während die Wirtschaft derweil noch ihr eigenes Spiel spielt: Die die konsequenteste Antwort auf die Selbstherrlichkeit der Bonikaste wäre die Erkämpfung des bisher verweigerten Grundrechts auf den politischen Generalstreik.

Im Konzept einer sozialwirtschaftlichen Transformation liegt eine Antwort auf die Fragen, die sich in den aufbrechenden Bürgerprotesten stellen: Die Zukunft liegt in einer höher entwickelten Gesellschaftlichkeit, in welcher die Kommunen als Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis verfassungsmäßig bestätigt und wirtschaftsdemokratische Organe auf kommunaler und regionaler Ebene instituiert sind. Das bedeutet eine Entwicklungsrichtung hin zu partizipatorischer Demokratie und bürgerlicher Mitentscheidung, zur weiter gehenden institutionellen Integration von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und kommunalen Organbildungen, beispielsweise im Rats-, Beirats- und Ausschusswesen, überhaupt weiter hin zu einem beidseitig geöffneten Verhältnis zwischen Stadt und Bürger. Es sollte also, wie mit dem Beteiligungshaushalt in Porto Alegre begonnen, über eine neue Kommunalverfassung nachgedacht werden.

Für die Emanzipation des kommunalen, urbanen Lebens ist jedoch am Ende entscheidend, inwiefern Mittel und Befugnisse, überhaupt die entsprechende Gestaltungsmacht gegeben sind: Der Schuldenberg und die Finanznot der Städte sind ein Sekundäreffekt der überlebten Reproduktionsverhältnisse, welche den notwendigen Transfer für die Unterhaltung und Ausweitung der sozialwirtschaftlichen Dienste, ihre Übergabe in öffentliche, gesellschaftliche Regie und Verantwortung verhindern und praktisch das Gegenteil bewirken: Die Strangulierung der Kommunen und Pri-

vatisierung des Öffentlichen. So bleibt die Finanzierung der Städte aus der Gewerbesteuer ein kapitalwirtschaftlicher Notbehelf und weder ein Bettelgang der Kommunen nach Berlin, noch die jetzt vorgeschlagene „kommunale Einkommensteuer“ können die Situation wesentlich ändern.

Daher wäre es an der Zeit, eine angemessene Repräsentanz und Beteiligung am Staatshaushalt zur eigenen wirtschaftspolitischen Verfügung anzustreben. Beispielsweise könnten die subsidiären Kompetenzen ausgeweitet und letztlich aus dem Deutschen Städtetag ein Verfassungsorgan entsprechend Bundestag und Bundesrat entwickelt werden. Die eigentlichen Akte der Befreiung, das Einschlagen einer neuen Richtung der Stadtentwicklung und die Entfaltung einer neuen Stadtkultur, sind aber wesentlich an die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, eine Steuerreform und an eine sozialwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Gesamtverfassung geknüpft.

7.8 Sozialwirtschaftliche Konsolidierung und internationale Kooperation

In dem Maße, in dem sich neue politisch-ökonomische Organe einer Selbstregulation konstituieren, in dem auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und insgesamt auf die Festigung der neu konfigurierten Reproduktionsordnung hingearbeitet wird, wird der aus der Verwertungswirtschaft entspringende Export- und Expansionsdrang und damit die Weltmarktabhängigkeit verringert und kann schließlich in Schranken gehalten werden. Durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung auf die Konsolidierung der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsform kann sich die demokratische Wirtschaftsgesellschaft in gemäßer Weise das internationale und weltwirtschaftliche Beziehungsgeflecht eingliedern.

Diese Umpolung ist notwendig und vorteilhaft mit souveräner außenwirtschaftlicher Kontrolle und Regulierung verbunden. Mit einem Autarkiestreben, das in der liberalistischen Welt des Teufels war und ist, hat die Aktivierung im Sinne einer Selbst- statt Fremdbestimmung nichts zu tun. Vielmehr sollte es möglich sein, durch die formationelle Veränderung der inneren Reproduktionsverhältnisse aus dem Teufelskreis von Verwertungszwang, Standortkonkurrenz, Wettbewerbsstaatlichkeit, Exportmeisterschaft und Kapitalexportoffensiven auszubrechen: Die Pathologie des kapitalwirtschaftlichen Internationalismus und des damit verschwisterten Imperialismus ist damit längst nicht erschöpft.

Ein Denkbild kann die Alternative veranschaulichen: Die systemisch neu, sozialwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsgesellschaften schwimmen im Meer einer global verflochtenen Ökonomie, aber mit unterschiedlicher Eintauchtiefe oder Anteil an internationaler warenwirtschaftlicher Verflechtung. Die demgegenüber auf die Reproduktion der eigenen existenziellen und zivilisatorischen Gegebenheiten ausgerichtete, die Tragfähigkeit und den Komfort des Ganzen garantierende sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion stellt den anderen Teil dar. Eine solche Gesellschaft kann und muss die Reproduktionsordnung ihres Raums und den ganzen Kurs je nach den gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten selbst organisieren. Mit anderen Worten: Anständige außenwirtschaftliche Beziehungen können nur solche auf Gegenseitigkeit oder zur uneigennütigen Hilfestellung sein, was in der Welt der kapitalwirtschaftlichen Egomane und Konkurrenz unmöglich und in der hermetischen, sauerstoffarmen liberalistischen Gedankenwelt undenkbar war und ist.

Innere Selbstbestimmung, außenwirtschaftliche Kontrolle und frei gestaltbare Beziehungen auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlich möglichen Konsolidierung verlangen die Beibehaltung der demokratischen, verfassungsmäßigen Souveränität auch für Gesellschaften, die sich in erweiterte Wirtschaftsräume wie die Europäische Union eingliedern.¹¹⁷ Auf dieser Ausgangsbasis können jegliche partnerschaftliche Angleichungen und Beziehungen im Verkehr und Miteinander instituiert werden, auch im Interesse einer friedlichen Welt. Das heißt am Ende, dass die Zukunft des Weltsystems nicht einem freien Weltmarkt überantwortet und schon gar nicht durch eine hegemonialen oder imperiale Politik gesichert werden kann, sondern auf Gegenseitigkeit und Entwicklungspartnerschaft gründen sollte: Die Kapitalwirtschaft bietet dafür keinerlei geeignete Grundlage und Gewähr. Auf dem anderen Weg wird ist das Geflecht bilateraler, multilateraler Kooperationen und auch gemeinsamer Governance auf kontinentaler und globaler Ebene anders geknotet. Das wäre keine Weltentwicklung im Sinne neoliberaler Globalisierung, sondern im Sinne im Sinne einer zivileren und zivilisierteren Mondialisierung.

¹¹⁷ Zahlreiche Argumente, die Chantal Mouffe gegen die „kosmopolitische Illusion“ aufbietet, würde ich auch gegen eine ‚integrationistische Illusion‘ wenden. Vgl. Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.

8. Ausblick auf offene Fragen und Forschungsaufgaben

Das Konzept Sozialwirtschaft als Systemalternative weist zwar scharfe Thesen auf und ist im Grundriss profiliert, hat aber vorerst noch einen prototheoretischen Status. Es ist mit seiner vorläufigen Methoden- und Problemexposition angelegt auf weitertreibende Diskussionen und Forschungsbemühungen.¹¹⁸ Die Zusammenhänge und Schlussfolgerungen wurden hier diskursiv vorgestellt, sozusagen in einem Gedankenexperiment.

Ich behaupte aber, dass der umrissene Ansatz mit modernen Mitteln der medialen Simulation und unter Einsatz höherer mathematischer Methoden beweiskräftig demonstrierbar ist. In den Kernfragen kann eine historisch-empirisch, wesentlich durch Daten aus der volkswirtschaftlichen Statistik und Gesamtrechnung gestützte wert- und reproduktionstheoretische Modellierung weiter führen. Für die dabei ganz wesentliche Diskussion auf dem Feld Marx und Keynes¹¹⁹ besteht die Schwierigkeit, dass Keynes Aggregate und Konzepte nicht werttheoretisch fundiert sind. Nach vorliegender Untersuchung kommt das Problem hinzu, dass sie nicht unmittelbar mit den Marxschen Reproduktionsschemata zu vergleichen oder zu korrelieren sind. Vielmehr müsste die mit Blick auf die sozialkapitalistische Neuformierung politisch-ökonomisch weiter entwickelte Reproduktionsordnung zugrunde gelegt werden, wie sie hier umrissen wurde.

Nicht erst damit bricht eine fundamentale Kontroverse auf: Zwischen einer wert-, kapital- und transformationstheoretisch weiter entwickelten Wissenschaft der politischen Ökonomie einerseits und den ansonsten für normal erachteten Kategorien der volkswirtschaftlichen Statistik und Interpretationen der vorherrschenden Wirtschaftslehren. Dabei stößt man nicht nur ganz allgemein auf die „innerlich verzweifelte Armut, die die Grundlage

¹¹⁸ Eine ähnliche Anstrengung hat, in einer ganz anderen historischen Situation, Charles Bettelheim unternommen: *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*. Wagenbach Verlag, Berlin 1970. Eben diese Problematik gilt es im Rückblick auf die Erfahrungen des 20. und entsprechend der neuartigen Übergangssituation des 21. Jahrhunderts wieder aufzugreifen.

¹¹⁹ Hierher gehörte eine umfangreichere Recherche über Beiträge zum Verhältnis zwischen Marxscher Reproduktionstheorie, moderner Kreislaufanalyse und entsprechenden keynesianischen Konzepten und Interpretationen. Einen aktuellen Anstoß zur Diskussion gibt Stützle, Ingo: *To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage?*, besonders den Schlussabschnitt *„Reform oder Transformation“*. In: *Zeitschrift Prokla* 157/2009.

des bürgerlichen Reichtums und seiner Wissenschaft bildet“¹²⁰, sondern vor allem auf die These, dass ausschließlich in der Marxschen Theorie „die Arbeitsgegenstände, die die Masse der Zwischenprodukte darstellen, als wichtiger Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts betrachtet“ werden.¹²¹ Hinzu kommt eine fundamentale Differenz infolge des sonst auch „dialektisch“ genannten, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Methodenverständnisses. Es bedarf daher einer grundlegenden Dekonstruktion oder Reinterpretation der vorhandenen Vorgaben und Vorbegriffe, um die Zusammenhänge mit politisch-ökonomischen Grundkategorien besser zu fassen und eine informationelle Basis für die Modellierung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, der real fungierenden Reproduktionszusammenhänge und für eine transparente Wirtschaftsrechnung zu schaffen. Hier scheint auch die künftige Aufgabe einer sozialwirtschaftlichen „gesellschaftlichen Buchführung“ auf.

Um die angesprochene Lücke wahrzunehmen, genügt hier der Hinweis auf den ritualisierten Hokusfokus der Wirtschaftsweisen, die sich auf normierte Begriffe und von der Oberfläche geschöpfte Informationen stützen, damit regelmäßig den kapitalwirtschaftlichen Kapriolen nachhinken und über die eigenen Füße stolpern. Oder der Hinweis darauf, dass sich die gewerkschaftlichen Forschungsinstitute so wie die Memoranden der alternativen Wirtschaftspolitik auf theoretische Projektionen der sozialökonomischen Wirklichkeit stützen, aus denen zunächst nicht mehr als linkskeynesianische Alternativen abgeleitet werden können, jedoch keine eigentlichen transformationstheoretischen Schlussfolgerungen. Das heißt hier zunächst nur so viel, dass eine weitergehende Argumentation und Realpolitik im Sinne der sozialwirtschaftlichen Transformation eine kollektive theoretische Anstrengung und eine konkreter zu erarbeitende wirtschafts- und sozialinformatische Basis benötigt. In solchem Prozedere mögen sich dann auch praxistheoretische und methodologische, wert- und reproduktionstheoretische Fragen weiter klären und die im Grundansatz kenntlichen praktischen und politischen Konzepte fortentwickeln.

¹²⁰ Marx, Karl: *Grundrisse*. S. 155. Eine schöne Bemerkung!

¹²¹ Vgl. Müller, Eva: *Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*. VSA-Verlag, Hamburg 2005. Dort spricht Eva Müller auch einen frühen Entwurf der Konzeption der Sozialwirtschaft als Systemalternative viel zu kurz an und ohne die Spur weiter zu verfolgen. Vgl. ebd. S. 25.

Autor

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945. Wirtschaftswissenschaftliche Studien sowie Philosophie, Soziologie und Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sozialinformatiker und Sozialphilosoph, in Nürnberg. In der Studentenbewegung aktiv, bis 1995 im Sprecherrat der Ernst-Bloch-Assoziation. Initiator der Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft und des Portals praxisphilosophie.de seit 2001. Arbeitsschwerpunkte: Marxismus und konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Konzepte gesellschaftlicher Transformation.

Auswahl aus Veröffentlichungen: Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis, *Zeitschrift für Soziologie* 1983; Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, Leo-Kofler-Gesellschaft 2001; Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, *UTOPIE kreativ* 2001; Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des Praxiskonzepts, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2002; Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens, *Bloch-Almanach* 2005. Sozialwirtschaft als Systemalternative, Studienreihe *Praxisphilosophie* 2005; Kapitalwirtschaft und konkrete Alternative, *Zeitschrift Sozialismus* 2007. Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, Studienreihe *Praxisphilosophie* 2007; Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und Grundriss einer Systemalternative, *Zeitschrift Widerspruch/München*, Heft 47/2008. Vom Marxismus zur Konkreten Praxisphilosophie. Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Bourdieu. Herausgeber und Vertrieb: Helle Panke e.V.: *Philosophische Gespräche* Heft 12, Berlin 2008. Karl Marx und Immanuel Wallerstein. utopistische Analysen zu den Krisen und Alternativen des 21. Jahrhunderts. In: Immanuel Wallerstein / Horst Müller, *Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen*. Supplement der *Zeitschrift Sozialismus* 4/2010.

Dr. Horst Müller, Meuschelstr. 30, D-90408 Nürnberg, T. (0911) 337781
<http://www.praxisphilosophie.de> <mailto:dr.horst.mueller@t-online.de>

Abstract

Horst Müller

Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens

Die historisch-systematische Studie zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis bietet einen Leitfaden zum Studium des Praxiskonzepts für neu Hinzutretende und zugleich eine Vertiefung: Im Zuge der Auseinandersetzung mit maßgeblichen Protagonisten soll dessen kritische und utopistische Dimensionierung und dessen paradigmatisches Profil im Zusammenhang der Grundlagenpositionen der modernen Gesellschaftswissenschaften geschärft werden. Vor diesem Hintergrund werden oberflächliche und ökonomistische Marxinterpretationen zurückgewiesen.

Die Problematik der Identifizierung und Weiterbildung des Praxiskonzepts als geistesgeschichtliches Novum, als Schlüssel einer emanzipierten Wirklichkeitswissenschaft beginnt bereits bei Marx, der sich dahingehend nur bruchstückhaft geäußert hat. Sie zieht sich über die Auseinandersetzung zwischen Praxisphilosophie und Dialektischem Materialismus im 20. Jahrhundert hin bis in die modernen Debatten über das Spezifische der Marxschen Sozialphilosophie und Wissenschaftlichkeit. Sie berührt ganz erheblich die Grundauffassungen bezüglich des Status und der so oder so gearteten Bedeutsamkeit des Marxschen Konzepts einer Kritik der politischen Ökonomie aus heutiger Sicht.

Die notwendige Klärung und Entscheidung in diesen Angelegenheiten kann nur auf dem Wege einer konstitutions- und erkenntnis- bzw. wissenschaftstheoretischen Explikation des Praxisproblems gefunden werden. In diesem Sinne wird versucht - entlang einer zentralen Entwicklungslinie von Karl Marx über Ernst Bloch bis zu Pierre Bourdieu als letzthin bedeutendstem Praxisdenker, mit einigen theoriegeschichtlichen Seitenblicken auf Herbert Marcuse, den unsäglichen Jürgen Habermas und den französischen Marxisten Henri Lefebvre, auch mit Anmerkungen zu dem amerikanischen Praxisdenker G. H. Mead - das Profil einer operativen, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Wissenschaftskonzeption, als Schlüssel zur immer neu versuchten und aufgegebenen historischen wie prospektiven Situationsanalyse, schrittweise zu verdeutlichen.

Es geht also nicht um eine philosophische Überwölbung der Marxschen Kritik als solcher, sondern um die Erarbeitung konzeptueller Grundlagen

für eine entschieden weiter gehende Wirtschaftstheorie, für konkrete Sozialforschungen und politische Projekte in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts: Das Begreifen der Prozesszusammenhänge, die der gesellschaftlichen Praxis und dem aktuellen Weltgeschehen den Stempel aufdrücken, und damit auch das Denken und Ergreifen einer Alternative, nach der wach gerüttelte Geister und die sozialen Bewegungen in der uns bereits eröffneten, latenzhaltigen Übergangszeit allenthalben rufen, erfordert eine erneute philosophisch-wissenschaftliche Selbstvergewisserung und neue, ebenso kritische wie utopistisch inspirierte Forschungsanstrengungen auf dem Feld der Wissenschaft der politischen Ökonomie.

Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation

Transformationsforschung - Aufgaben und Probleme

Michael Brie

**Solidarische Gesellschaftstransformation -
Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit** 12

Praxistheoretische Grundlagen und Kritik

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

**Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis
und die Misere aktueller Marxinterpretation** 58

Horst Müller

**Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption
des Praxisdenkens** 79

Wirtschaftstheorie und gesellschaftliche Transformation

Günter Buchholz

**Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat
in der Neoklassik, bei Marx und Keynes** 128

Horst Müller

**Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung
und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens** 157

Andreas Willnow

**Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines
Transformationskonzeptes?** 230

Andreas Willnow

**Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil
eines Transformationskonzeptes?** 250

Potentiale und Perspektiven der urbanen Praxis

Fernand Guelf

**Kreativität in der urbanen Gesellschaft
Henri Lefebvres Projekt einer kulturellen Revolution** 280

Rainer Fischbach

**Die Zukunft der Stadt -
doch was ist die Stadt der Zukunft?** 297

**Horst Müller (Hg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen
Transformation. BoD-Verlag, Norderstedt 2010 (356 S./22,90 €)
ISBN 978-3-8391-8822-4**